

Redaktion und Verlag:  
Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: OT Amt Dönhoff 202 bis 207  
Telegrammabteilung: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts... 15 Pf.  
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
siehe am Schluß des redaktionellen Teils

## Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Das Spiel mit den Arbeitslosen

### Unterstützungserhöhung, die die Senkung verdecken soll

# „Einheitsfront“

Von Max Westphal

Die Reichsregierung hat in ihrer Notverordnung vom gestrigen Tage nicht Sozialpolitik um ihrer selbst willen machen wollen. Das geht schon daraus hervor, daß der wesentlichste Teil der Notverordnung, die Verbesserung der Arbeitslosenhilfe, in der Woche in Kraft tritt, an deren Ende der Wahlsonntag liegt, in der also die Arbeitslosen die winterlichen Wohltaten bereits das erstmalig genossen haben sollen. Nicht von ungefähr wird festgesetzt, daß die sogenannten Winterzuschläge für die Arbeitslosen das erstmalig am Montag, dem 31. Oktober, zur Zahlung gelangen sollen.

Wir verstehen keineswegs, daß einige Verbesserungen für einige wenige Gruppen von Arbeitslosen geschaffen werden. Aber wir können diese Feststellung nicht treffen, ohne zum Ausdruck zu bringen, wie unzureichend diese Erhöhungen sind, wie wenig Arbeitslose bei der Millionenzahl von ihnen profitieren werden, und vor allen Dingen ohne deutlich zu unterstreichen, daß diese sogenannte Winterhilfe noch nicht einen Bruchteil von dem wieder gut macht, was in den letzten Monaten insbesondere gerade den Arbeitslosen durch die Notverordnungen an Rechten und an Unterstützungen genommen worden ist. Wenn man die Situation mit einem geflügelten Wort beleuchten will, so gilt hier: „Sie nehmen mit Schere und Gabel, was wir mit Brot und Butter verdienen.“ Wir brauchen an dieser Stelle nur wenige Zahlen zu nennen, um ins Gedächtnis zu rufen, welchen Leidensweg die Arbeitslosen in den letzten Jahren gehen mußten. Im Jahre 1927, als der Reichstag das Arbeitslosenversicherungsgesetz mit überwältigender Mehrheit verabschiedet hatte, lag die durchschnittliche Unterstützung, die ein Hauptunterstützungsempfänger wöchentlich ausbezahlt erhielt, bei 20 Mark. Heute, wo die Preise für die Lebenshaltung einschließlich Wohnung, Kleidung und allem Drum und Dran nur wenige Prozente niedriger sind, ist

Diese Durchschnittssätze werden bei ganz großen Gruppen weit unterschritten. Durch die Papensche Notverordnung vom Juni d. J. wurde in den Lohnklassen, die man jetzt etwas aufbessert, die Unterstützung

auf 4,50 Mark pro Woche, also auf 75 Pf. täglich, heruntergedrückt.

Ein Arbeitsloser, der, solange er Arbeit hatte, noch 18 Mark in der Woche verdiente, erhält nach den Papenschen Hungerlöhnen

für sich, Frau und Kind 9 Mark

in der Woche Unterstützung — theoretisch —, denn auch diese Sätze erhält nur der Arbeitslose, der schon durch lange Arbeitslosigkeit bis zum letzten ausgepowert ist. Die anderen müssen sich ihre letzten Pfennige durch die Papensche Hilfsbedürftigkeitsprüfung anrechnen lassen, was praktisch bedeutet, daß ihnen nicht einmal diese Hungerlöhne ausgezahlt werden.

Anstatt nunmehr die Hilfsbedürftigkeitsprüfung abzubauen, wenigstens die festgelegten Unterstützungssätze zu erhöhen und auszuhalen, und den Gemeinden für ihre Wohlfahrtsverwaltungen freie Hand zu lassen, hat man etwas ganz anderes gemacht: Man hat Zuschläge für einen Teil der Arbeitslosen mit den niedrigsten Sätzen eingeführt, aber beiseite gelassen bei sämtlichen Arbeitslosen mit diesen niedrigen Sätzen, sondern nur für die Versicherungsunterstützten und die Krisenfürsorgeempfänger.

nicht aber für das große Heer der Wohlfahrts-erwerbslosen.

Aber auch aus dem bevorzugten Kreis hat man wiederum nur einen Teil ausgewählt, nämlich die niedrig Unterstützten in den Lohnklassen I bis VI und auch bei diesen wieder hat man die Bedingen ausgeschlossen. Es dürften somit noch nicht 10 Proz. der amtlich angegebenen Arbeitslosen sein, die in den Genuss der Zuschläge kommen werden!

Rechnen Sie alle Arbeitslosen gehen leer aus, ein Zehntel vielleicht wird 2, 3 bis 4 M. in der Woche bekommen.

Wir geben keinen Pfifferling dafür, daß die

Arbeitslosen in höheren Lohnklassen als der Lohnklasse VI einen Teil des Zuschlages bekommen sollen, wenn sie nicht einmal die Unterstützung der Lohnklasse VI praktisch erhalten. Denn was nützt es einem Arbeitslosen, theoretisch zu einer höheren Lohnklasse zu gehören, wenn er praktisch nur Unterstützungssätze einer viel niedrigeren Lohnklasse erhält? Damit wird nur gezeigt, welche verheerenden Wirkungen die sogenannte Hilfsbedürftigkeit außer acht bleiben sollen, denn wenn diese Bestimmung nicht getroffen worden wäre, so würde die ganze Aktion nichts anderes bedeuten, als eine Entlastung der Kommunen. Hätte man es ehrlich gemeint, so hätte als erster Schritt die Notverordnung vom 14. Juni dieses Jahres in vollem Umfange beseitigt werden müssen!

Anstatt in der Krankenversicherung die unmöglichen Vorschriften zu beseitigen, die den Besuch des Arztes oder die Entnahme einer Medizin vom Apotheker mit Geldstrafe belegen, werden in beschränktem Umfange für die Familienhilfe Erleichterungen zugelassen, die bei den geleisteten Beiträgen wahrscheinlich überhaupt nur von einem kleinen Teil der Klassen ohne Beitragserhöhungen werden durchgeführt werden können.

Anstatt bei den Kriegssparern die unzulängliche Freigrenze von 25 Mark monatlich zu beseitigen und sie wesentlich zu erhöhen, hat man im wesentlichen nur die Bestimmung beseitigt, diese 25-Mark-Grenze auch bei den Fällen wiederherzustellen, bei denen sie nach dem Notverordnungsvorschlag überhaupt fortgefallen war, nämlich bei den Renten, die nach dem 1. Januar 1932 festgestellt worden sind.

Die Minderungen in der Unfallversicherung bestehen darin, daß auf die letzten Kürzungen verzichtet wird.

Von ebenso untergeordneter Bedeutung sind die Minderungsmaßnahmen in der Angestelltenversicherung. Alles in allem: von dem vielen, das genommen worden ist, wird nur ein klein wenig zurückgegeben. Wohlgeliebt bleibt immer die freiherrliche Magime, daß für die Arbeiter — von Großindustriellen und Großagrarern ist hier nicht die Rede — der Staat keine Wohlfahrtsanstalt sein soll!

Antwort und Londoner Besprechungen. Er erinnerte bei dieser Gelegenheit an die Haltung der französischen Regierung und erklärte, daß er ohne Hintergedanken an allen Arbeiten der Abrüstungskonferenz teilgenommen habe. Er wies ferner darauf hin, daß er gegenwärtig an der Vorbereitung der Vorschläge arbeite, mit denen Frankreich beweisen wolle, so weit auf dem Wege der Abrüstung vorzugehen, wie dies mit seiner Sorge um die Sicherheit vereinbar sei, die allen Mächten durch den Artikel 8 des Völkerbundespatentes versprochen sei. Er erklärte, daß der leitende Gedanke seiner Regierung immer der gewesen sei und auch stets der bleiben werde, die Politik des Völkerbundes zu verteidigen. In Durchführung dieser Genfer Grundzüge und Methoden habe das augenblickliche Kabinett eine Lösung der gestellten Fragen gesucht und werde sie auch weiterhin suchen.

In den Diskussionen dieser Tage spielt eine große Rolle die Frage: Weshalb ist die Macht der sozialistischen Arbeiterklasse in Deutschland so zurückgegangen? Die Kommunisten behaupten, die sozialdemokratische Politik sei die Ursache für den Machtverlust. Wie liegen die Dinge in Wahrheit?

Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 erhielten Sozialdemokratie und KPD zusammen rund 13 302 000 Stimmen, die Nationalsozialisten rund 13 733 000 Stimmen. Die „Marxisten“ sind also fast ebenso stark wie die Nationalsozialisten, mit deren Anwachsen der Umschwung in Deutschland vor sich ging und auf deren „breiten Rücken“ schließlich die „Herren-Regierung“ ans Ruder kam. Warum ist der Einfluß der Nationalsozialisten um so viel größer als der der „Marxisten“? Die Nationalsozialisten sind eine Partei, die „Marxisten“ aber zwei, und für die Kommunisten sind die Sozialdemokraten die Hauptfeinde!

Das deutsche Bürgertum war schwach, solange es in viele Parteien zerstückelt war. Solange genügte die Kraft der Sozialdemokratie allein, ihm — unter Ausnutzung der Interessengegenstände im Bürgertum — selbst jene Konzessionen an das arbeitende Volk abzuringen, die jetzt sogar die „rote Fahne“ als „soziale Errungenschaften“ anerkennt. Das Bürgertum hat die Arbeiterklasse zurückgedrängt in demselben Maße, wie es sich in der Nazi-Partei sammelte und sich der Bruderkampf in der Arbeiterklasse verschärfte.

Hätten wir die Sammlung im bürgerlichen Lager etwa durch eine „radikalere“ Politik verhindern können? Wenn das der Fall wäre, warum haben dann die Kommunisten es nicht geschafft? Die Sammlung erfolgte im Zeichen des Nationalismus! Der Nationalismus liegt dem Bürgertum immer noch stark im Blute. Die Probleme der deutschen Außenpolitik, in ihrer Eigenart in erster Linie bestimmt durch den vom Kaiserreich verlorenen Krieg, haben es ermöglicht, die sozialrevolutionären Wirkungen der Wirtschaftskrise im Bürgertum in die nationalsozialistische Linie zu drängen und den Verbindungsprozess zwischen Arbeiterklasse und proletarischem Bürgertum zu durchkreuzen. Mit dem wilden Nationalismus konnten und durften wir nicht konkurrieren. Die Kommunisten verführten es: Nur Sowjet-Deutschland, erklärten sie, werde den Friedensvertrag zerreißen! Und der Erfolg? Der Nationalismus sieht sich im Kommunismus bestätigt!

Aber wäre nicht durch eine „radikalere“ Politik die Sammlung der Arbeiterklasse ermöglicht worden? Unsere Aufgabe ist: die Verwirklichung des Sozialismus in Deutschland. Wir können sie nur lösen auf demokratischen Wege. Dürfen wir uns im Interesse der Einheit für einen falschen Weg entscheiden? Wir hätten — vielleicht — die Einheit gewonnen, aber den Sozialismus verloren! Einheit auf dem

# Botschafterwechsel in Paris

### Abschied des Herrn von Hoesch

Paris, 19. Oktober.

Botschafter von Hoesch hat heute dem Ministerpräsidenten Herriot die vom Reichspräsidenten verliehene Goethe-Medaille mit Verleihungsurkunde überreicht. Im Anschluß daran veranstaltete der Ministerpräsident zu Ehren des scheidenden Botschafters ein Abschiedsfrühstück.

Ministerpräsident Herriot widmete dem scheidenden Botschafter warme Abschiedsworte. Er führte aus, Botschafter von Hoesch habe sich durch seinen Patriotismus und durch die zielbewusste Vertretung der deutschen Interessen, zugleich aber auch durch die Geradsinnigkeit seines Wesens und das in langjähriger Erfahrung erworbene Verständnis für das französische Volk und Land allgemeine Achtung in Frankreich erworben. Man sehe ihn deshalb mit großem Bedauern von seinem Posten scheiden, auf dem er

Weg für die Herbeiführung eines besseren Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich tätig gewesen sei. Hierfür sei ihm Frankreichs Dank gewiß. Das Ziel bleibe bestehen, und er glaube, daß trotz aller Schwierigkeiten dieses Ziel nicht unerreichbar sei.

Botschafter von Hoesch dankte für die warmen Abschiedsworte des Ministerpräsidenten und für das ihm von der französischen Regierung

gemachte Abschiedsgeschenk einer Ecores-fahnenkette, darstellend einen Jagdzug. Er sprach seine Genugtuung darüber aus, daß der letzte Akt seiner zwölfsährigen diplomatischen Tätigkeit in Paris die Ueberreichung der Goethe-Medaille an den Ministerpräsidenten habe sein können. Er führte weiter aus,

er habe in diesen zwölf Jahren seiner Tätigkeit in Paris so gewollige und schler unentwertbare Probleme sich stellen und schließlich doch lösen sehen, daß er nicht mehr an die Unmöglichkeit einer befriedigenden Regelung einer politischen Frage glauben könne. So hoffe er auch auf eine Regelung der gegenwärtigen Schwierigkeiten.

die uns dem vom Ministerpräsidenten gekennzeichneten Ziele einer freundschaftlichen Verständigung näherbringen würden.

### Eine Erklärung Herriots

Im Anschluß an eine Sitzung des auswärtigen Ausschusses der Kammer, in der Herriot Erklärungen über die Außenpolitik abgegeben hatte, wurde folgende amtliche Verlautbarung veröffentlicht:

Ministerpräsident Herriot gab einen ausführlichen und geschichtlichen Ueberblick über die Gleichberechtigungsforderung: Deutsche Note, französisch-

Sonnabend, den 22. Oktober, abends 6 Uhr  
von den bekannten Stellen aus

# wichtige Flugblattverbreitung

Alle Genossinnen und Genossen, Reichsbannerkameraden, alle Jugend- und Sportgenossen beteiligen sich daran

DER BEZIRKSVORSTAND

Boden der Demokratie — eine andere Lösung ist unmöglich.

Die Gründung der kommunistischen Parteien in den europäischen Ländern erfolgte 1919/20 unter dem Druck der russischen Kommunisten. Sie erfolgte nicht, weil das Unternehmen der Bolschewiki etwa Nachahmung verdiente, sondern weil es in Gefahr war zu scheitern und Lenin und Trotzki allein Rettung von einer sofortigen Weltrevolution erhofften. Im Interesse des russischen Vorgehens sollte die Arbeiterkraft der anderen Länder, trotz der dort ganz anders gelagerten Verhältnisse in gleiche Experimente hineingezogen werden. Wo das geschah, wie z. B. in Ungarn, trug die Reaktion den sofortigen Sieg davon.

Die Weltrevolution kam nicht, weil sie unmöglich war. Die Bolschewisten schafften sich selbst durch Einführung der „Rep“ Erleichterung. Aber die kommunistischen Parteien in den europäischen Ländern blieben bestehen. Eingeschworen auf das russische Experiment, vollkommen unterworfen den Anweisungen aus Moskau, gab es für sie keinen Kampf für den Sozialismus gemäß den Bedingungen des einzelnen Landes mehr, — sondern nur noch das Moskauer Schema. Nach Rußlands Interessen wurde die Taktik der KPD bestimmt. Hielt man dort eine revolutionäre Situation für gegeben, dann wurden die deutschen Arbeiter in Aufstände und Putzche hineingehehrt. Gegen solche Verbrechen opponierende Führer wurden — wie Paul Levi — von Moskau abgesetzt, oppositionelle Mitglieder scharenweise ausgeschlossen. Wie oft hat die Führung der KPD gewechselt? Wo blieben Thalheimer, Brandler, Ruth Fischer usw.? Alle wurden nacheinander beseitigt. Alle wurden sie abgesetzt wegen „schwerer Fehler in der revolutionären Führung“, so daß die Zahl der abgesetzten Parteizentralen der KPD selbst für den Kommunisten einer der besten Beweise sein müßte, für die fortgesetzte fehlerhafte Politik der KPD.

Kommunistische Revolution in Deutschland? — kein vernünftiger Mensch hält sie für möglich. Sie ist ein Bürgerkrieg, mehr nicht. Kommunistische Weltrevolution? — ein völlig absurder Gedanke. Wie stark ist der Kommunismus in Frankreich, in England, in Amerika, in den nordischen Ländern, z. B. Schweden? Er bedeutet dort nichts! Bolschewistische Experimente in Europa sind Hirngespinnste. Sie hindern die Einigung der Arbeiterkraft der europäischen Länder beim Kampf zur Ausnutzung der Demokratie als Weg zum Sozialismus.

Der Streit um die Demokratie hat die Arbeiterklasse zerpflegt und so die volle Ausnutzung der Demokratie für den sozialistischen Umbau gehindert. Was eine einige sozialistische Bewegung auf dem Wege der Demokratie hätte schaffen können, das erkennt wohl jeder denkende Mensch heute am Beispiel, das das Bürgertum uns gibt. Die Sammlung des Bürgertums machte die demokratische Verfassung zur Waffe ihrer Feinde. Dagegen die Spaltung der Arbeiterklasse machte diese Waffe für den Sozialismus immer stumpfer.

Die Kommunisten haben die Chance der Demokratie der Reaktion überlassen. Wir müssen sie wiedergewinnen! Eine einige Arbeiterklasse kann das jederzeit. Eine einige deutsche Arbeiterklasse, kämpfend auf dem Boden der Demokratie, — und die Entwicklung seit 1918 wäre nicht bei Papen geendet —, sondern die sozialistische Republik Deutschland wäre ihrer Vollendung viel, viel näher als Rußland dem Sozialismus nahe ist!

## Memeltreitag aufgelöst

Weil die Litauer durchfielen

Der Memeler Kreistag ist abermals aufgelöst worden. Bereits im Sommer war er aufgelöst worden, weil einige Personen ihr Wahlrecht nicht den Gesetzen entsprechend ausgeübt hatten. Darauf schrieb das damalige Direktorium Böttcher die Neuwahlen für den Februar d. J. aus. Das großlitauische Direktorium Snamaitis hob aber den Wahltermin auf, anscheinend um auch den für die Landtagswahl Neuzugewählten Gelegenheit zur Kreistagswahl zu geben. Nach der Bildung des Direktoriums Schreiber wurde im Mai der Kreistag gewählt. Da indessen die Wählerlisten nicht ergänzt worden waren, so wurden gleich nach der Wahl, die ebenso wie die Landtagswahl für die National-Litauer eine Niederlage brachte, von diesen Proteste erhoben. Diesen Protesten gab zwar das Verwaltungsvergütungsamt formal-juristische Gründe nicht statt, das Direktorium des Memelgebietes aber hat jetzt den Kreistag aufgelöst, weil infolge der Aussetzung des Wahltermins ein Teil der Wahlberechtigten verhindert worden sei, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

# Papen im Kreuzverhör

Die Aktienmehrheit der „Germania“

Die Verhandlungen des Klepper-Ausschusses im Preussischen Landtag über das Geschäft der Preußentasse mit der „Königlichen Volkszeitung“ dehnten sich auch am Mittwoch endlos aus. Im stundenlangen Frage- und Antwortspiel versuchten die Deutschnationalen und Nationalsozialisten irgendeine Handhabe zu bekommen, um den am Geschäft Beteiligten irgendeine Unjauberkeit unterstellen zu können. Zu ihrer größten Enttäuschung ist ihnen aber bisher noch jeder Beweis mißglückt, daß diese Aktion der alten preussischen Staatsregierung auch nur die geringste Unjauberkeit enthalte.

Das große Ereignis der Nachmittagsitzung war die Vernehmung von Papens wegen des Aufkaufs der „Germania“-Aktien.

Der Vorsitzende Jubke (Dnat.) fragte den Reichskanzler, ob ihm etwas davon bekannt sei, daß das Verlagshaus der „Königlichen Volkszeitung“, die Goerreshaus A.-G., das Aktienpaket der „Germania“ indirekt mit Mitteln der Preußentasse erworben habe, um den Einfluß eines Großaktionärs auszuschalten. In diesem Zusammenhang sei im Ausschuh Papen als Großaktionär der „Germania“ genannt worden.

Reichskanzler von Papen: Mir ist in diesem Zusammenhang nur bekannt, daß ein Aktienpaket, welches, soweit ich mich erinnere, im Besitze des ehemaligen Ministerialdirektors Spider sich befand, damals verkauft worden ist. Dieses Paket ist dann teilweise in den Besitz der Goerreshaus A.-G. gelangt. Mir war damals unbekannt, wer die Mittel zum Aufkauf dieses Aktienpakets gegeben hat.

Abg. Rau (Komm.): In der gestrigen Ausschuh-sitzung hat Finanzminister Klepper sich auf ein Gewohnheitsrecht berufen, daß der Staat sich an Zeitungen beteiligt habe. Ist die Beteiligung an Zeitungen auch unter dem jetzigen Regime in Preußen fortgesetzt worden, Herr Reichskommissar? Ist das

Reichswehrministerium, für das ein gewisser Herr Molizewsky als Propagandist im Lande herumreißt, an der „Täglichen Rundschau“ beteiligt?

von Papen: Ich habe hierzu zu erklären, außer den im Etat zu solchen Zwecken eingelegten Mitteln sind für Presseunterstützungen und Pressebeeinflussungen unter meiner Regierung keinerlei Mittel aufgewendet worden. Die zur Sprache gebrachte Angelegenheit mit der „Täglichen Rundschau“ ist mir nur durch die Presse bekannt. Ich bezweifle, daß diese richtig ist.

Abg. Rau (Komm.): Haben Sie Nachrichten darüber angestellt? Es soll doch auch die Berliner Börsen-Zeitung mit öffentlichen Geldern unterstützt werden?

von Papen: Ich habe keinen Anlaß, mit meinen Referentministern über jedes Zeitungsgerücht zu sprechen.

Abg. Rau (Komm.): Das ist ja eine merk-

würdige Praxis. Es handelt sich hier doch nicht um kleine Beträge, sondern um erhebliche Summen, deren Rechnung das Volk zu zahlen hat.

von Papen: Ich stelle anheim, den Reichswehrminister hierüber zu befragen.

Abg. Rau (Komm.): Das ist eine begrüßenswerte Anregung. Ich werde einen entsprechenden Antrag zur Vorladung Herrn von Schleichers stellen.

Abg. Sjöllat: Aus den Akten des „Germania“-Komplexes ist ersichtlich, daß Sie Hauptaktionär waren. Sind Sie persönlicher Besitzer oder Treuhänder? Ist Ihnen aus Ihrer Vergangenheit als Zeitungsverleger bekannt, daß Zeitungen Ihres Betriebes subventioniert wurden?

von Papen: Nein.

Abg. Sjöllat (Soz.): Auch ich habe an Herrn von Schleicher verschiedene Fragen zu stellen. Es gibt doch im Reichsetat verschiedene Dispositionsfonds ohne genaue Bezeichnung des Verwendungszweckes.

von Papen: Es gibt nur zwei Dispositionsfonds, aus denen Mittel an die Presse fließen könnten. Das ist der Fonds des Reichskanzlers in Höhe von 150 000 M. und der Fonds der Presseabteilung in Höhe von 50 000 M. Außer diesen beiden Etatsposten gibt es keine Positionen für Pressebeihilfen.

Abg. Sjöllat (Soz.): Sind in den letzten Tagen oder Wochen neue Käufe in „Germania“-Aktien durchgeführt worden?

von Papen: Mir ist davon nichts bekannt.

Abg. Muhs (Nsoz.): Minister Hirtfelder hat vor dem Ausschuh erklärt, die Aufkäufe der „Germania“-Aktien hätten stattgefunden, weil Sie, Herr Reichskanzler, mit der Politik des Zentrums in Widerspruch geraten wären. Was war denn die Ursache dieser Differenz? Haben Sie damals etwa schon, also im Sommer 1930, etwa Verbindung mit den Deutschnationalen aufgenommen? (Große Heiterkeit.)

von Papen: Ich habe seinerzeit Aktien der „Germania“ gekauft, um in diesem Blatt eine konservative Haltung zur Geltung zu bringen.

für die ich zwölf Jahre in der Partei gearbeitet habe. Es ist sehr wohl denkbar, daß Herr Hirtfelder geäußert hat, er habe das Paket nicht in meinen Besitz kommen lassen wollen, um einen verstärkten politischen Einfluß von mir zu verhindern.

Abg. Muhs (Nsoz.): Haben Sie von dem Aufkauf der „Germania“-Aktien mit staatlichen Mitteln der Preußentasse etwas erfahren? Als Hauptaktionär der „Germania“ hätten Sie doch wohl davon Kenntnis bekommen müssen.

von Papen: Leider habe ich diese Kenntnis nicht gehabt. Es tauchten wohl allerlei Gerüchte auf, aber ich hatte damals ebensowenig wie Sie die Möglichkeit, diesen Gerüchten nachzugehen.

Hiermit war die Vernehmung Papens beendet und es folgt dann das Zeugenverhör des Staatssekretärs der Reichskanzlei Dr. Pfand.

Auch dieser Zeuge bestätigt auf Anfrage, daß außer den beiden im Etat genannten Fonds keine staatlichen Mittel zu Pressebeihilfen verwendet worden sind.

Abg. Muhs (Nsoz.): Sind der freien Verfügung dieser Gelder keine Schranken gesetzt? Können diese Fonds auch für parteipolitische Zwecke verwendet werden?

Zeuge Dr. Pfand: Die Verwendung liegt im Ermessen des Reichskanzlers. Daß diese Regierung die Mittel nicht im parteipolitischen Sinn verwendet hat oder verwenden wird, liegt ja im Charakter dieser Regierung. (Stürmisches Gelächter.)

Nach der Vernehmung dieses Zeugen wird das Verhör der Direktoren der Preußentasse fortgesetzt.

Dr. Bacheim, Direktor der Arbeiterbank, befragt zu der Frage des Kreditgeschäftes mit der „Königlichen Volkszeitung“, er habe keine Bedenken gehabt, bei den engen Beziehungen, die seine Bank zur Preußentasse und zur Heimbank gehabt habe, den Kredit an Stelle der Preußentasse zu übernehmen, bis der Staat oder die Preußentasse das Geschäft endgültig unter Dach und Fach gebracht haben würden. Ein solcher gegenseitiger Zwischenkredit sei bei den engen Beziehungen keineswegs ungewöhnlich gewesen. Es seien die üblichen Zinsen vereinbart worden. Ursprünglich habe man nur an einen Zustand von wenigen Monaten gedacht. Als die Rückzahlung sich verzögerte, habe er auf Klarstellung gedrängt. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob die Arbeiterbank denn überhaupt einen Rechtsanspruch gegenüber der Preußentasse auf Abdeckung des Kredits gehabt habe, erklärt der Zeuge, es habe kein Anlaß vorgelegen, daran zu zweifeln, daß der Staat zu seinem Wort stehen werde.

Am Donnerstagsvormittag um 10 Uhr wird der Ausschuh die Zeugenvernehmung zu dem Fall „Königliche Volkszeitung“ zu Ende führen.

## Im Zeichen des Zwickels

Komödie um „autoritäre Staatsführung“

Wo ist der Genius, der einem Lustspieldichter den Stoff zu solchen Tragikomödien eingeben könnte, wie sie heute der Alltag unter der „grundtätiglichen neuen Staatsführung“ geradezu am Fliießband liefert?

Hätte je eine Phantastie einen Fall Daubmann-Hummel erfinden können? Oder jene Szene vor dem Untersuchungsausschuh des Reichstages, als der Innenminister des Papen-Regimes vernommen wurde, auszusagen, ob sich der Herr Reichskanzler in der historischen Sitzung des Reichstages rechtzeitig zum Wort gemeldet habe. Was antwortete Herr von Papen? Er selbst habe den entscheidenden Moment einer Wortmeldung erfaßt gehabt; er selbst habe gerade aufspritzen wollen, bei dem Reichstagspräsidenten eine Wortmeldung für Herrn von Papen anzubringen, aber... beim Aufspringen vom Stuhl sei er, der Herr Reichsinnenminister,

mit der Uhrfette

am Puttschüssel hängen geblieben!

Sollen wir noch einmal von der über den Erdball ziehenden Heiterkeit sprechen, erzeugt von dem Zwickel-Erlaß des Herrn Bracht? Doch ja! Die Zwickel-Komödie ist noch nicht zu Ende. Am Mittwoch begann erst der zweite Akt. Die „neue Staatsführung“ ist beim Kompromiß angelangt, derart, daß der Zwickel durchlöchert ist. Natürlich nur scheinbar. Die amtliche Meldung darüber sagt: es sei eine Einigung zwischen dem Herrn Staatskommissar und der schwerbedrückenden Industrie erzielt worden, derart, daß wohl der Zwickel bestehen bleibt, aber doch nicht so absolut, daß darunter die Formschönheit des Badekostüms leiden müsse. Der Zwickel steht, wenn der Mann auch fällt! Und wenn Herr Bracht längst nicht mehr sein sollte, über seinen Zwickel wird man lachen und sich amüsieren, national und international, denn viele Länder haben ihn bereits in ihren Wortschatz aufgenommen. Die nationalen Männer als Förderer der internationalen Verständigung. Wahrlich, die autoritäre Sittlichkeits-Kommission oder „Staatsführung“, wie sie sich nennt, hat ihre Sorgen! Sie verpöht

jedem Deutschen seinen Zwickel

zur Hebung der Sittlichkeit und sie will die Straßenmädchen von der Straße zurück in die tafelierten Stätten der Unzucht bringen, nach dem alten Rezept: was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß! Nur hinweg von der Straße, wohin täglich immer mehr Menschen von der Not und dem Hunger getrieben werden. Getrieben von einer untergehenden Wirtschaftsordnung, die zu erhalten und zu verewigen das Leitmotiv und das Ziel der Papenregierung ist. Erhaltung einer „Ordnung“ und ihrer logenanannten „Sittlichkeit“, die von Schauder ergriffen wird, ob eines allzuweiten Rückenanschnittes, aber ruhig schlafen kann, obwohl Tuberkulose, Rachitis und leuchtartige, durch die Unterernährung verursachten Krankheiten, schreckliche Opfer fordern.

Leichter Unfall Hindenburgs. In amerikanischen Zeitungen war von einem Unfall die Rede, den der Reichspräsident dieser Tage in seiner Wohnung erlitten haben soll. Dazu wird mitgeteilt, daß dieser Unfall völlig harmlos verlaufen sei. Der Reichspräsident ist ausgeglitten und gestürzt, ohne Schaden zu nehmen.

## GA. auf Hochzeitsreise

Die „Sturm“-gäste von Koburg

Weimar, 19. Oktober

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Auf der Durchfahrt nach Koburg zum Hitler-Treffen und zur Fürstenhochzeit sowie auf der Rückfahrt haben Berliner SA-Leute schwere Ausschreitungen in Böhmen und Eisenach begangen.

Wie das „Sozialer Volksblatt“ aus Böhmen berichtet, versuchten mehrere Berliner SA-Stürme eine ausmarschierende Reichsbannergruppe dadurch zu provozieren, daß sie mit ihren Autos die Straße versperrten. Einwohner mit Freiheitsabzeichen wurden von ihnen auf den Straßen der Stadt verfolgt, die Abzeichen wurden ihnen abgerissen. Einen Sozialdemokraten schlugen sie ins Gesicht, so daß seine Brille zerplitterte. Als ein des Weges kommender Koffer der Stadtkasse, der keinerlei Abzeichen trug, die Schläger zur Vernunft mahnte, wurde ihm das Nasenbein zertrümmert.

Aus Eisenach wird der deutschnationalen Weimarer „Volkszeitung“ gemeldet, daß auf der Rückfahrt Berliner SA-Leute in Eisenach in der Nähe der Geschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei Halt gemacht haben. Acht Mann drangen in die Geschäftsstelle ein und eigneten sich dort zum Verkauf ausliegende Schriften an. Als sie aus der Geschäftsstelle verwiesen wurden, nahmen sie eine drohende Haltung ein. Unter wüsten Drohungen und Beschimpfungen rückten sie dann ab. Vor der Geschäftsstelle rissen die Nationalsozialisten die schwarzweiße Fahne herunter, zerrissen sie und warfen sie in die Gasse. Ein SA-Mann konnte dingfest gemacht werden. Wabends um sieben Uhr verließen die Hitler-Wabends Eisenach unter Rufen wie „Schups verreckt“ und „Deutschland erwacht“.

## Völkerverhaß als Lehrfach

Im Amtsblatt des Thüringischen Ministeriums für Volksbildung veröffentlicht der Nazi-Volkbildungsmiister Wächter eine Verordnung, durch die der Völkerverhaß als Lehrfach eingeführt werden soll. Die Verordnung lautet:

„Wir ordnen folgendes an: In den siebenten Klassen der Volksschule, in den beiden ersten Jahrgängen der Berufsschulen und in den Klassen Quarta bis Unterprima der höheren Schulen sind alljährlich in der Zeit zwischen Ostern und Pfingsten die Vertragsbestimmungen über die Gebietsabtretungen und die Abrüstung und der Kriegsschuldartikel 231 im Sinne dieser Verfügung eingehend zu behandeln. Von den Schlußklassen aller Schulen des Landes haben in dem letzten Vierteljahr das Diktat von Versailles und der Gedanke des Kampfes dagegen beherrschend im Vordergrund des Geschichtsunterrichts zu stehen. Zudem haben sich alle Schüler und Schülerinnen des siebenten Schuljahres den Wortlaut des Artikels 231 einzuprägen, damit sein Inhalt in ihrem Bewußtsein dauernd lebendig bleibt und der Admehrwille dagegen zur höchsten Entfaltung kommt. Um die Erreichung dieses Zieles zu fördern, bestimmen wir schließlich, daß an allen Schulen vom siebenten Jahrgang an regelmäßig die letzte Wochenstunde mit folgendem Wechselsprach geschlossen wird: Ein Schüler oder der Lehrer sagt vor: Hör den Artikel, den Deutschlands Feinde erfannen, um uns auf ewig zu schänden: (Folgt der Wortlaut des Vertragsartikels.) Die Klasse hat darauf zu antworten: Die deutsche Schande soll brennen in unjetera Seelen bis zu dem Tage der Ehre und Freiheit.“

Und in diesem Aktug soll Deutschland genesen!

# Rabbi und Mönch disputieren

Goebbels darf bei „feinen Leuten“ reden — seine Leute schreien: „Hugenberg der Judas“!

Gestern abend fand in der „Neuen Welt“ der vielfach angekündigte Redewettstreit zwischen den alten Harzburger Freunden, den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten statt. Auf Hugenbergs Seite fought Schmidt und Steuer, Dr. Joseph Goebbels kämpfte als homerischer Held für Hitler.

Unser Berichterstatter schreibt: Es war kein edler „Kampf der Wagen und Gefänge“, der gestern in der Neuen Welt stattfand. Es ähnelte mehr den Schimpfkanonaden der berühmten homerischen Helden oder dem Disput zwischen Rabbi und Mönch, den Heim schilderte. Und draußen, in der Hafenstraße bis zur Jahnstraße und bis über den Hermannplatz hinaus herrschte von 18 bis 21 Uhr ein richtiges Tahumabohu.

Gegen 20 Uhr herrschte vor der Neuen Welt ein schlimmes Gemoge. Der neutrale Kriegsberichterstatter muß anerkennen, daß hier die Nationalsozialisten weit in Front lagen. Sie hatten ihre Reutafüller Stürme hinkommandiert, man sah beinahe in Geschlossenheit den Sturm aus der Skaliger Straße und weiter die Stürme 124 und 84 aus der Lindenstraße und aus der Alexandrinenstraße. Sie machten, vereint mit Hitlermädchen, einen Spektakel, der Herrn Hugenberg, dem alten Freunde von Harzburg, nicht angenehm in den Ohren geklungen haben würde. Da dröhnte es im Sprechchor: „Nieder mit Hugenberg!“

„Hugenberg, der Judas!“

Zum „Hugenberg verrückt“ gesellte sich das Harzburger Lied: „Die Straße frei den braunen Bataillonen!“, aber aus einer anderen Ecke her ertönte es: „Heil Moskau! Nieder mit Hitler!“

Defters mußte die Polizei eingreifen. Nur mit Mühe gelang es ihr, die Zugänge zur Neuen Welt freizuhalten. Zeitweise war es auch Personen mit Eintrittskarten und Polizeiausweisen bei dem allgemeinen Tumult unmöglich, bis zur Neuen Welt vorzudringen. Die Schutzpolizei war gezwungen, bis zur Jahnstraße zu säubern. Dort standen die Privatautomobile, und es läßt sich nicht sagen, welche von den etwa vierzig Wagen Deutschnationalen oder Nationalsozialisten gehörten. Die Polizei ist, obwohl der Skandal zeitweise die Grenzen des Zulässigen weit überschritt, mit außerordentlicher Milde vorgegangen.

Inzwischen tobte im Großen Saale der Neuen Welt, der schon lange Zeit vor Beginn der Versammlung dicht besetzt war, der Redekampf zwischen den feindlichen Harzburger Brüdern. Schügend stellte sich Schmidt vor die Regierung

von Papen. Er wies darauf hin, daß Goebbels selbst, als noch Freundschaft zwischen Papen und Hitler herrschte, es im „Angriff“ als Unrecht bezeichnet habe, wenn die Sozialdemokraten das Kabinett von Papen als Regierung der Barone und Krautjunker bezeichnete.

Dr. Goebbels, der dann für eine halbe Stunde zu Wort kam, blieb die Antwort nicht schuldig. „Die Nationalsozialisten haben wohl ihre Taktik, niemals aber ihr Programm geändert. Wenn die Deutschnationalen in Verlegenheit kamen, dann wechselten sie nicht nur ihre Taktik, sondern auch ihr Programm und, wenn es darauf ankam, sogar ihren Namen. Die Konserwativen von einst stimmten zu 90 Proz. ihrer Reichstagsmitglieder dem Dames-Plan zu.“

Nach Goebbels sprach Steuer. War er es nicht, dem die Nazis im Landtag „Judenjunge“ zuriefen? Nach Steuer kam der Germane Goebbels noch einmal zu Wort.

Der denkende, organisierte Arbeiter aber stellt sich bei diesem Rededuell nur die eine Frage: Wer läßt mehr?

## Harzburger Keile

Saalschlacht zwischen nationalen Brüdern

Stolp (Pommern), 19. Oktober.

Die Deutschnationalen veranstalteten hier am Mittwoch eine Wahlkundgebung, in der Rittersgutsbesitzer von Kleiß-Schmenzin sprach. Zahlreiche Nationalsozialisten versuchten den Redner durch Zwischenrufe zu stören. Der Vortrag konnte jedoch zu Ende geführt werden. Als einziger Disfussionsredner richtete der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Czjrnid-Steffin außerordentlich heftige Angriffe gegen die Deutschnationalen. Als dann von Kleiß den bekannten Ausspruch Hitlers vom November 1923: „Morgen regieren wir in Deutschland oder ich bin tot“ erwähnte, kam es zu einem allgemeinen Tumult. Die Nationalsozialisten versuchten darauf, die Versammlung zu sprengen, während der deutschnationale Saalschutz dies zu verhindern suchte. Es entstand eine heftige Saalschlacht, wobei eine Anzahl Personen verletzt wurde. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Auch der Naziabgeordnete Czjrnid wurde festgenommen. Er hatte mit einer Flasche nach dem Vorstandssitz geworfen und einen Gutsbesitzer verwundet.

Der Eifer, mit dem das Reichsgericht und die Sachsishe Polizei darauf bedacht sind, die Verfassung von Weimar zu schützen, ist bewundernswürdig! Offenbar bilden die kommunistisch verfeuchten Rotationsmaschinen die einzige Gefahr, und wenn die erst alle versiegelt sind, dann ist die demokratische Republik endgültig gesichert!

Das Vorgehen stützt sich auf eine Rotationsordnung, nach der Geräte, die zur Herstellung hochverräterischer Schriften benutzt werden, eingezogen und unbrauchbar gemacht werden können. Man hat aber noch nie gehört, daß einem Rechtsradikalen, der den Staatsstreich und den Verfassungsbruch predigt, das Maul versiegelt worden ist!

## Sachsen gegen Papen

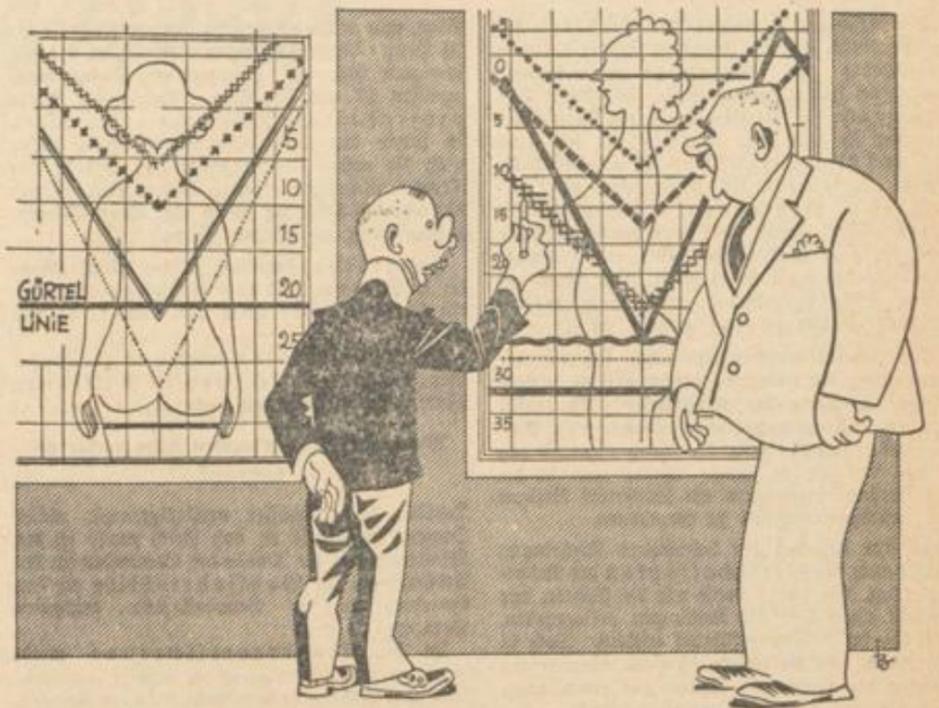
Dresden, 19. Oktober.

Der Sächsische Landtag nahm am Mittwoch einen sozialdemokratischen Antrag an, der sich gegen die Bestrebungen wendet, die Reform der Reichsverfassung auf verfassungswidrigem Wege mit Hilfe des Reichsrats durchzuführen. Die sächsische Regierung wird in dem Antrag aufgefordert, in Berlin schärfsten Protest gegen verfassungswidrige Pläne der Reichsregierung zu erheben.

Ministerpräsident Schick erklärte, die bisherigen Kundgebungen der Reichsregierung hätten ein erfreuliches Bekenntnis zum föderativen Gedanken gebracht, denen hoffentlich die entsprechenden Taten folgen würden. Für eine Stellungnahme der sächsischen Regierung sei jedoch bisher keine sichere Grundlage vorhanden. Er würdige durchaus die Tatsache, daß ein Umbau des Weimarer Verfassungswerkes nur dann Festigkeit und Dauer verheißt, wenn er von der Zustimmung einer überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes

# Tiefpunkt im Ministerium

... Voraussetzung, daß der tiefste Punkt des Rückenausschnitts oberhalb der Gürtellinie liegt. (Aus dem neuesten Bracht-Erlass)



„Was zeichnen Sie da für Kurven? Sie haben wohl Auftrag, den Tiefpunkt der Wirtschaftskrise graphisch darzustellen?“

„Aber keineswegs — ich berechne nur den zulässigen Tiefpunkt des Rückenausschnitts.“

getragen sei. Wenn der Verfassungsreformentwurf im Reichsrat beraten werde, werde die sächsische Regierung das ganz gewiß nicht aus dem Auge lassen. Es sei aber nicht möglich, bei jeder Abstimmung im Reichsrat die Erwägung anzustellen, ob der Beschluß später im Reichstag eine Zweidrittelmehrheit finden werde.

## Partei im Wahlkampf

Wichtige Versammlungswelle

Zwei und eine halbe Woche vor dem Wahltag wälzt sich eine gewaltige Versammlungswelle der Sozialdemokratie über das Land. Wir sind nicht imstande, auch nur den zehnten Teil der großen Kundgebungen zu registrieren und geben als Stimmungsbild nur einige wenige der uns zugehenden Berichte wieder.

Genosse Breitscheid sprach in einer riesigen Kundgebung der Eisernen Front in der Stadthalle zu Hannover und tags darauf auf dem Parteitag für Schleswig-Holstein in Neumünster. Gleichzeitig fand in Kiel eine Jugendkundgebung statt, in der Genosse Dillenbauer die Arbeiterjugend zur tätigen Mithilfe am Kampf anspornete.

Regierungspräsident Genosse Dr. Fikner, der von der Papen-Regierung zur Disposition gestellt worden ist, eröffnete in 10 Versammlungen im Unterbezirk Guben-Crossen und Sorau den Wahlkampf. Überall fanden die Ausführungen des Redners begeisterte Aufnahme.

In Leipzig sprach Genosse Denike über den sozialistischen Umbau, der nach unserer wirtschaftlichen Entwicklung unabwendbar geworden ist, sowie Genosse Fleißner, in Halle Genosse Aufhäuser über die Entscheidung des 6. November, in Dessau Genosse Seeger über die besonderen politischen Verhältnisse in Anhalt.

Nach einem großen Schufsoappell in Hamburg sprach Genosse Höltnermann im Gewerkschaftshaus über die politischen Aufgaben der arbeitenden Jugend.

In Witten sprachen in imposanter Versammlung die Genossen Seering und Hufemann, fünfzehn weitere Versammlungen finden in diesen Tagen im gleichen Bezirk statt.

In der Jahrhunderthalle in Breslau, die über 12000 Menschen faßt, sprach unter stürmischem Beifall Genosse Kölling gegen die Politik des Herrenklubs.

In Düsseldorf fand eine Kundgebung der Beamten und eine Versammlung der Erwerbslosen statt, in der ersteren referierte Rechtsanwalt Neuberger und Stadtobersekretär Sings, bei den Erwerbslosen Landtagsabgeordneter Berten.

## Notkrawalle in London

Die Regierung sieht keine Ursache

London, 19. Oktober.

Im Parlament stellte der Führer der Labour-Fraktion Lansbury eine Anfrage wegen der schweren Arbeitslosenunruhen in der Dienstag-Nacht in London.

Die Demonstration sei, so erklärte der Innenminister, von der nationalen Union Arbeitsloser, einer kommunistischen Organisation, veranstaltet worden. Angriffe auf die Polizei seien im voraus geplant gewesen. Die Polizei habe große Zurückhaltung an den Tag gelegt. Ueber 40 Personen seien verhaftet, mehrere Beamte verletzt worden. Die Verhafteten seien im Polizeigericht vernommen worden. Die Polizei habe eingehende Vorbereitungen getroffen gehabt, um Demonstrationen vor dem Verhandlungsgedäude zu verhindern. Es seien Geldstrafen bis zu 40 Schilling und Gefängnisstrafen bis zu drei Monaten verhängt worden.

Die Ursache für alle Unruhen der letzten Zeit ist die Erbitterung über den zur Voraussetzung der Arbeitslosenunterstützung gemachten Bedürftigkeitsnachweis.

## 56 Schußbündler in Haft

Die Regierung wird Rechenschaft geben müssen

Wien, 19. Oktober.

Von den in Simmering verhafteten Schußbündlern ist über 56 heute die ordentliche Untersuchungshaft verhängt worden. Sie wurden ins Landesgericht übergeführt.

Für das Begräbnis der zwei getöteten Nationalsozialisten am Donnerstag sind große Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden, um Zusammenstöße zu vermeiden. Das Leichenbegängnis des getöteten Bachmannes erfolgt am Freitag.

Im Nationalrat, der dieser Tage zusammentritt, wird die Sozialdemokratie nicht nur wegen des Versagens und der unerhörten Brutalität der Polizei am Sonntag in Simmering Rechenschaft fordern, sondern auch wegen der verfassungsdreherischen Verordnungspraxis der Regierung, die sich auf das „Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz“ aus dem habsburgischen Weltkrieg stützt!

## Berfammlung aufgelöst

Wildes aus dem Westerwald

Eigener Bericht des „Vorwärts“

In Korbach im Westerwald wurde eine gutbesuchte sozialdemokratische öffentliche Versammlung von dem wachhabenden Oberlandjäger aufgelöst, weil der Redner nach einer Kritik an der Münchener Rede des Herrn von Papen in Umkehrung des bekannten Kanzlerwortes sagte, daß — nachdem der Reichstag von Papen mit 95 Proz. seiner Mitglieder das schärfste Mißtrauen bekundet hat — derjenige ein Feind des deutschen Arbeitervolkes sei, der sich hinter diese Regierung der Barone stelle. Der Oberlandjäger verbot dem Redner hierauf weiterzureden wegen angeblicher Aufforderung zum Ungehorsam (!?) und löste die Versammlung auf. Wegen die ungerichtfertigte Auflösung ist Beschwerde erhoben worden.

## Berriegelte Maschinen

Polizei im Karl-Liebkecht-Haus

Auf Veranlassung des beauftragten Untersuchungsrichters des Reichsgerichts in Kassel erschienen gestern Beamte der Berliner Polizei in der City-Druckerei des Karl-Liebkecht-Hauses und beschlagnahmten die große Rotationsmaschine, auf der die „Rote Fahne“ gedruckt wird. Als Begründung wurde angegeben, daß durch Sachverständige festgestellt worden sei, daß diese Rotationsmaschine zur Herstellung von Druckschriften hochverräterischen Inhalts benutzt worden sei.

Wohl Blondföur so besonders zart und empfindlich ist....

will es auch besonders sorgfältig gepflegt werden. Am besten nehmen Sie dafür Schwarzkopf Extra-Blond, das Schaumpon der Blondine. Blondhaar behält dann seinen jugendlichen Goldganz, nachgedunkeltes läßt sich bis zu jeder gewünschten Nuance wieder aufhellen. Extra-Blond

liegt zudem der unvergleichliche, weder durch Zitronensaft noch durch Essigbad ersetzbare „Haarglanz“ bei, der das Haar dauernd gesund erhält und blondes Haar doppelt verschönt. Brünette und Dunkle wählen Schwarzkopf-Extra, hell und dunkel mit „Haarglanz“ und Schaumbrille.



SCHWARZKOPF EXTRA-BLOND, Dföörümpön für Blondinen



# Tropfen auf heißen Stein

„Prozente“ für Arbeitslose, denen man die Unterstützung kürzte

Der Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer hat gestern Abend über alle deutschen Sender die neue Verordnung zur Ergänzung von sozialen Leistungen kräftig herausgestellt. Mit dieser Verordnung löse die Reichsregierung ein Versprechen ein, das sie schon vor Monaten aus sich selbst und auf kirchlichen Wunsch gegeben habe. Ihrem Versprechen sei stellenweise ein gesuchtes Mißtrauen entgegengebracht worden. Der Inhalt der Verordnung erscheine dem, der nur wirtschaftlich denke, etwas gewagt und dem, der nur sozial denke, nicht bedeutend genug. Die Verordnung aber denke wirtschaftlich und sozial zugleich.

Der Reichsarbeitsminister stütze sich für die Beurteilung der nächsten Zukunft auf die zahlenmäßige Abnahme der Arbeitslosen. Er müßte zugeben, daß es auch eine unsichtbare Arbeitslosigkeit gibt, die jedoch niemand mit Sicherheit feststellen könne. Weiter aber sei bei den Versicherungsverträgern ein langsames Steigen der Beitragseinnahmen zu verzeichnen.

Zu den Ursachen der besorgniserregenden Erscheinung gehöre auch der Wirtschaftskrisenplan der Reichsregierung. Sie habe, ebenso wie die frühere, nur deshalb einen Teil der Leistungen preisgegeben, weil ihr das Ganze gefährdet erschien. Doch in dem Maße, wie die Gefahr schwinde, könnten und müßten die Leistungen wieder auf einen angemessenen Stand gebracht werden.

Die neue Verordnung gebe in der Arbeitslosenhilfe für den Winter in den ersten sechs Lohnklassen Zulagen wegen des Familienstandes und lasse einen erheblichen Teil der Gemeinden in höhere Unterstützungsjahre aufrücken. Sie schwäche die Unterschiede ab, die sich aus den Ortsklassen oder der Gemeindegröße ergeben. Alle Orte mit über 50 000 Einwohnern werden für die Unterstützung zu den Orten mit den höchsten Sätzen gerechnet. Die Aufbesserung betrage prozentual für die Angehörigen der Lohnklasse I in der höchsten und mittleren Unterstützungsgruppe 30 bis 60 Proz. der bisherigen

Sätze, und in der niedrigsten Gruppe sogar 25 bis 70 Proz. In den mittleren Lohnklassen 6 bis 7 bewegten sich die prozentualen Steigerungen zwischen 17 und 33 Proz. Noch höher werde prozentual die Aufbesserung in den Fällen, in denen den Unterstützungsberechtigten bisher nicht die vollen Unterstützungssätze, sondern nur Teilunterstützungen erhalten haben, weil sie nur für teilweise bedürftig galten oder ihnen Gelegenheitsverdienst angerechnet wurde.

Prozentual berechnet, wirken sich allerdings die Erhöhungen kleiner Beträge schon um ein Geringes recht hoch aus, ohne es deshalb zu sein.

Den Arbeitslosen würden ab 31. Oktober insgesamt monatlich rund 11 Millionen Mark mehr zusteigen als bisher.

Wie viele Millionen wurden ihnen vorher genommen?

Darüber sagte Schäffer vorsichtigerweise nichts. Dagegen versicherte er, daß Reichsregierung in den Wintermonaten die Anteile der Gemeinden an den Reichsmitteln für Wohlfahrtshilfe erhöhen innerhalb der im Haushaltsplan gezogenen Grenzen.

In der Krankenversicherung werde durch die neue Verordnung die frühere Familienhilfe zum Teil wieder hergestellt. Von den Krankenlosen dürfe erwartet werden, daß sie deshalb allein nicht gleich den Beitrag erhöhen.

In der Unfallversicherung bringe die Verordnung insofern eine Verbesserung, als Unfälle, die sich nach dem 31. Dezember 1932 ereignen, wieder nach den allgemeinen Vorschriften entschädigt werden. Das bedeute eine Verbesserung der neuen Renten um 7 1/2 Proz.

In der Angestelltenversicherung habe die neue Verordnung die Sperre der Waisenrente und des Kindergeldes über das 15. Lebensjahr hinaus auf und lasse die Fortdauer dieser Bezüge in Form freiwilliger Mehrleistungen bestehen. Die Angestelltenverbände

erblickten darin eine Erweiterung der Angestelltenversicherung zur echten Ständesicherung (??).

Bei der Verjüngung der Kriegsoffiziere wende die Reichsregierung drei Mittel an. Sie schone die Renten der Kriegsoffiziere und Kriegerehrenträger indem die frühere Freigrenze von 25 M. im Monat eintritt, die durch Rotverordnung für neue Fälle beseitigt war. Bei den sogenannten Kambezügen, besonders zugunsten der Berufsausbildung, ferner bei den Zulagenrenten, bei der Gewährung von Unterstützungen, bei der Kapitalabfindung zur Abwendung der Zwangsversteigerung lasse das Reich die Rücksicht walten, die es den Kriegsoffizieren schuldig sei.

Schäffer bezeichnete die Gesamtheit der neuen Leistungen der Arbeitslosenhilfe, der Sozialversicherung und der Kriegsoffizierversorgung als einen hohen Kaufwert, den man mit etwa 15 Millionen monatlich annehmen dürfe.

Er betonte ausdrücklich, daß die neuen Leistungen auf derselben Ermächtigung beruhen, die der Reichspräsident der Regierung am 4. September gegeben hat und die in der Öffentlichkeit so starken Widerspruch gefunden hätten.

Darüber hinaus stellte er „einen Aufruf in der freien Wirtschaft“ durch Vergebung von öffentlichen Arbeiten in Aussicht. Die Regierung werde sich von ihrem Ziel nicht abbringen lassen, weder durch einseitige Kritiker und falsche Prophezeien, noch weniger durch den Geist der Verneinung und Zerstückelung!

Das sind löbliche Worte, aber man weiß, daß die Reichstagswahl vor der Tür steht, und große Ereignisse werfen bekanntlich ihre Schatten voraus. Der Reichsarbeitsminister schildert die Dinge sehr rosig. Aber der Hörer denkt dabei sofort an die Wahrscheinlichkeit, daß durch die teilweise Wiedergewährung vorher genommener Unterstützungen eine günstigere Wahlstimmung für die Baronsregierung geschaffen werden solle. Die Erwartungen nach dieser Richtung dürften allerdings schwere Enttäuschungen erfahren.

Aus dem Verlauf dieser Bewegung müssen nun aber auch die Mitgliedschaften in der Provinz die richtige Lehre ziehen. Während der sogenannte „Fachverband“, die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner, in der Abwehr der Arbeitgeberforderungen eine ganz unverständliche Völschheit an den Tag gelegt hat, hat die ganze Last der Abwehr auf den Funktionären des Gesamtverbandes gelegt. Die kommenden Wochen müssen dazu benutzt werden, um die indifferenten und falsch organisierten Kleinbahner ihrer gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen.

Auch politisch verdient der Verlauf dieser Lohnbewegung besondere Beachtung. Die Unternehmer stützten sich darauf, daß die Rotverordnung der Regierung von Papen ihnen das Recht gibt, als sogenannte „gefährdete Betriebe“ Lohnkürzungen bis zu 20 Proz. vorzunehmen und daß dieselbe Rotverordnung ihnen weiter das Recht einräumt, auf dem Wege eines Beanstandungsverfahrens weitere Lohnkürzungen durchzusetzen. Hier zeigen sich die Auswirkungen dieser Rotverordnung am allerdeutlichsten. Deshalb gilt es für die Kleinbahner fast noch mehr als für die übrige Arbeiterschaft bei der Reichstagswahl am 6. November ihre Pflicht zu tun und durch Wahl der „Liste 2 Sozialdemokratische Partei“ mit dazu beizutragen, daß die Papen-Rotverordnungen verschwinden.

## Das Kollsystem ADB. warnt davor!

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes verfolgt mit großer Sorge die in der letzten Zeit zunehmende Ausbreitung des sogenannten Kollsystems, d. h. den Uebergang von der Vorauszahlung zur nachträglichen Zahlung der Gehälter. Von Hessen und Thüringen eingeführt, aber wieder aufgehoben, hat das Kollsystem in Baden, Hamburg, Lübeck, Bremen, Oldenburg, Sachsen und Württemberg, neuerdings vorerst für einen Monat in Bannern und Braunschweig Eingang gefunden. Obwohl seine Durchführung in den einzelnen Ländern recht verschieden gehandhabt wird, läuft sie doch überall auf dasselbe Ergebnis hinaus, indem nach Abschluß der Aktion ein Teilbeitrag des Monatsbezugs oder ein volles Monatsgehalt von der Verwaltung eingepart werden.

Dem einzelnen Beamten gehen dadurch erhebliche Bruchteile seines Dienstverdienstes verloren, denn der Uebergang zur Nachzahlung stellt, wenn er auch noch so allmählich vorgenommen wird, eine nackte Gehaltskürzung dar. Daß diese Gehaltskürzung gewissermaßen unter der Hand durch verwaltungsseitige Kenderung der Auszah-

lungstage, aber unter Aufrechterhaltung der Fiktion, der Beamte beläme für denselben Zeitraum das gleichbleibende Gehalt, durchgeführt wird, macht die in der Beamtenenschaft vorhandene Erbitterung nur noch größer. Der volkswirtschaftliche Effekt der Maßnahme, die Bekämpfung der Kaufkraft einer großen Konsummentenschicht widerspricht auch den Anlaufplänen der Regierung.

Schon jetzt sind weite Kreise, besonders der unteren Besoldungsgruppen, nicht mehr in der Lage, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Einführung des Kollsystems hat diesen Zustand noch verschlimmert und drückt natürlich dort am härtesten, wo die Existenzgrundlage schon bisher nur sehr mäßig gewesen ist. Schwerste Rückwirkungen auf alle Zweige von Gütererzeugung, Verteilung und Konsum können nicht ausbleiben.

Der ADB warnt die Länderregierungen, auf dem eingeschlagenen Wege weiterzugehen, er ermahnt die Reichsregierung um Eingreifen und fordert seine Landesauschüsse usw. auf, sich in den Ländern aufs nachdrücklichste für die baldige Beseitigung des Kollsystems einzusetzen.

## Regerküffe

Vorsicht beim Einkauf!

Bon fach- und fachkundiger Seite wird uns mitgeteilt, daß mit der Herstellung von Süßwaren besonders der „Regerküffe“, eine unerschämte Ausbeutung verbunden ist. Junge Mädchen werden 12 bis 16 Stunden täglich, mitunter bis in die Nachtzeit hinein, auch Sonntags, beschäftigt. Die elenden Löhne ermöglichen eine Schmutzkonkurrenz schlimmster Art.

„Was heute in Winkelbetrieben an Regerküffen hergestellt und an das Arbeiterpublikum verkauft wird, spottet jeder Beschreibung“ — schreibt unser Gewährsmann.

An Betrieben mit überlanger Arbeitszeit werden uns genannt: die „Norddeutsche Wachs- und Honigfabrik“, Barfuhauer Platz, und Judemaren und Regerküffe herstellenden Firmen Dietrich Kruse, Holzmarktstraße, und Gröber in der Palisadenstraße.

Gehört die Beschäftigten ihrer gewerkschaftlichen Organisation an, dem Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, dann können derartige Mißstände leichter beseitigt werden.

## 250 Mann ausgesperrt Im Ri-Ri-Werk, Wuppertal

Wuppertal, 19. Oktober.

Die Gesamtbelegschaft des Ri-Ri-Werkes G. m. b. H. Patentverschlusfabrik, in Wuppertal-Barmen, ist von der Werkleitung ausgesperrt worden. Der Aussperrung der 250 Arbeiter und Arbeiterinnen des Unternehmens war ein Teilstreik vorausgegangen, weil die Firma etwa 100 Arbeitern und Arbeiterinnen die Akkordzuschläge kürzen wollte. Der übrige Teil der Belegschaft hatte sich daraufhin mit den Streikenden solidarisch erklärt und trat ebenfalls in den Streik. Als Antwort darauf hat das Werk die gesamte Belegschaft striktlos entlassen.

## In der Weserschiffahrt Abkommen verlängert

Bremen, 19. Oktober.

Die Tarifmitglieder in der Binnenschiffahrt der nordwestdeutschen Wasserstraßen, wo seit einigen Tagen ein wilder Streik besteht, haben folgende Vereinbarung getroffen: Die Arbeits- und Lohnbedingungen in der Weserschiffahrt nach den Bestimmungen des Tarifvertrags vom 1. Januar 1931 nebst den am 15. Januar 1932 durch den Sonderentscheid Dr. Weiders getroffenen Vereinbarungen werden auf unbestimmte Zeit unverändert abgeschlossen. Sie sind mit einmonatiger Frist kündbar, erstmalig zum 31. März 1933.

Die Gewerkschaften haben ihre Mitglieder in dringender Form aufgefordert, den kommunistischen Streik der Schiffer abzulehnen und die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie warnen des weiteren vor Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses, da hierzu kein Grund vorliegt.

Trotz der Vereinbarung ist eine Verschärfung der Streiklage eingetreten und nach wie vor liegen sämtliche Schleppzüge still.

• Hierzu 2 Beilagen

## Kaffee Hag regt an, aber nicht auf!

# Brotpreis ab Montag billiger

### Um zwei Pfennig pro Kilogramm

Im Polizeipräsidium fand gestern vormittag unter dem Vorsitz des Regierungsdirektors Dr. Mosle eine Besprechung mit Vertretern des Zweckverbandes der Bäckermeister Groß-Berlins und dem zuständigen Dezernenten über die Berliner Brotpreise statt. Infolge der Senkung der Roggen- und Weizenpreise der letzten Wochen erklärte sich der Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins bereit, seine Mitglieder nunmehr anzuhalten, ab Montag, den 24. Oktober, die Brotpreise für das 97prozentige Roggenbrot auf 32 Pf. für das Kilogramm zu ermäßigen.

Die Berliner Bäckermeister werden also von diesem Zeitpunkt an das 2 1/2-Pfund-Brot für 40 Pf. und das 3 1/2-Pfund-Brot für 56 Pf. verkaufen. Bisher kostete das Kilogramm Roggenbrot 34 Pf., das 2 1/2-Pfund-Brot 42 und das 3 1/2-Pfund-Brot 60 Pf. Ob sich auch die Berliner Brotfabriken in ihrer Preisgestaltung dieser Verbilligung anschließen werden, steht noch nicht fest. Der Organisation der Brotfabriken war bis gestern nachmittag von den Verhandlungen im Polizeipräsidium noch nichts bekannt, und so konnte man auch noch keine Stellung dazu nehmen. Das Brot der Brotfabriken kostet gegenwärtig 45 Pf.

Ferner machten die Vertreter des Zweckverbandes der Berliner Bäckermeister gestern bei den Verhandlungen im Polizeipräsidium ihre Bedenken

gegen den Erlaß des Handelsministeriums geltend, durch den die Abgabe von Bräcken vor 19 Uhr gestattet sein soll. Die Bäckermeister erreichten dem Vernehmen nach, daß die geplante Polizeiverordnung für Groß-Berlin, die am Montag in Kraft treten sollte, noch nicht veröffentlicht wird. Am heutigen Donnerstag wird der Zweckverband im Handelsministerium vorstellig werden, um dort seine Einwände gegen die Verordnung, die nach Ansicht der Bäckermeister eine Beseitigung des Nachtbrotverbots zur Folge haben würde, vorzubringen.

### Gestiegene Bäckerdienstspanne

Die Mehlokosten sind, dem 10. Bericht der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen zufolge, im gemogenen Reichsdurchschnitt auf 20,4 Pf. für 1 Kilogramm Brot und für 1 Kilogramm Weizenkleingebäck auf 30,7 Pf. gestiegen und haben damit einen seit 1929/30 nicht mehr dagewesenen Tiefstand erreicht. Die Preise für Brot und Kleingebäck haben sich zwar Ende September mit 34,5 Pf. für 1 Kilogramm Brot und 80,0 Pf. für 1 Kilogramm Weizenkleingebäck ebenfalls gesenkt, die Verbilligung hat aber mit dem Rückgang der Rohstoffkosten nicht Schritt gehalten. Die Bruttoverdienstspanne der Bäcker ist mithin Ende September gegenüber dem Durchschnitt des ersten Halbjahres 1932 beim Brot um 9 Proz.,

beim Weizenkleingebäck um 6 Proz. höher geworden. Nur in einzelnen Städten im Reich wurde eine wirkliche Senkung des Brotpreises durchgeführt, wodurch an diesen Orten eine Steigerung der Bruttoverdienstspanne vermieden, teilweise sogar eine Senkung der Spanne erzielt werden konnte.

### Weihnachtsrückfahrkarten

Die Deutsche Reichsbahn wird die im Vorjahre zum ersten Male mit verlängerter Gültigkeitsdauer herausgegebene Weihnachtsrückfahrkarte auch zum kommenden Weihnachtsfest wieder auflegen. Die Gültigkeit der Rückfahrkarte soll jedoch gegenüber dem letzten Weihnachtsfest, zu dem sie bis 4. Januar galt, wesentlich verlängert werden; die Karte soll nach allen Stationen innerhalb Deutschlands ausgegeben werden. Voraussetzungen sind die Gültigkeit dieser um 33 1/2 Proz. ermäßigten Rückfahrkarte etwa am 21. Dezember beginnen und bis zum Montag, 9. Januar, einschließlich dauern, d. h. eine Reise bis zu 20 Tagen Dauer ermöglichen. — Darüber hinaus ist die Ausgabe noch einer besonderen Winterurlaubskarte nach dem Muster der diesjährigen Sommerurlaubskarte zur Zeit noch nicht beabsichtigt.

ermittelt werden. Er hatte sich einen Schuh in die rechte Schläfe beigebracht. Die Kugel war am linken Ohr wieder ausgetreten. Trotz der schweren Verletzung war der jugendliche Selbstmörder nach der Tat noch nahezu eine Stunde umhergeirrt, bis er aufgefunden wurde. Joachim B. hat den Selbstmordversuch aus Furcht vor Strafe begangen. Er hatte vor einigen Tagen mit einem 21jährigen Bekannten nach einer Motorbootfahrt unternommen und als ihnen das Benzin ausgegangen war, versuchten sie in eine Tankstelle einzudringen. Sie wurden aber von einer Schupo-Freiwache beobachtet und festgenommen. Der Junge, der in seiner Dummheit „mitgemacht“ hatte, wurde den Eltern übergeben. Er fürchtete, nun in Fürsorgeerziehung zu kommen und in seiner Verzweiflung griff er zur Pistole.

Aus noch unbekanntem Gründen vergiftete sich der 17jährige Bäckerlehrling Werner K. in der Wohnung seiner Eltern in der Osterstraße in Neufalken durch Gas. Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg.

### Conrad Schmidt - Gedenken

Im Krematorium Gerichtstraße fanden sich gestern zahlreiche Freunde und Geringverdienensgenossen unseres verstorbenen Conrad Schmidt ein, um ihm die letzte Ehre zu erweisen. Alle Redner an seinem Sarge waren einig in der Anerkennung seines edlen und lauterer Charakters und seines bescheidenen Wesens. Sie alle gedachten des tiefen Denkers, des sozialistischen Kämpfers und des großen Mädlers zwischen hoher Kunst und Menschentum.

Paul Kampffmeyer sprach als erster und würdigte sein ganzes Schaffen überblickend, den sozialistischen Theoretiker, den Freund von Engels, den von Konrad Hähnisch erkorenen sozialistischen Professor, Namens der Volksbühne sprach Kurt Baake. Er zeigte Conrad Schmidts Verbundenheit mit der Volksbühne auf, deren Vorsitzender er so viele Jahre war. Er fand in diesem schlichten und einfachen Leben die große einheitliche Linie, ein Vorbild der Treue, Liebe und Pflichterfüllung. Als Vertreter des Parteivorstandes und des „Vorwärts“ wies Stampfer auf die fruchtbarere Erziehungsarbeit hin, die Conrad Schmidt als Theaterkritiker des „Vorwärts“ so viele Jahre an den Massen ausübte. Seine Tätigkeit als Lehrer an der Berliner Arbeiterbildungsschule hob Schenk hervor.

Es sprachen dann weiter ein Vertreter der Technischen Hochschule Charlottenburg sowie persönliche Freunde des Verstorbenen. Ergreifend waren die Abschiedsworte seines Freundes von Jugend auf und Schwagers Dr. Kollwitz. Stimmungsvolle Instrumental- und Vokalmusik eröffnete und schloß die würdevolle Feier.

**Neuer Leiter der Staatsanwaltschaft II Berlin.** Zum Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft II ist Oberstaatsanwalt Dr. Sturm ernannt worden, der bisher eine Abteilung der Staatsanwaltschaft I leitete. Oberstaatsanwalt Dr. Sturm steht im 55. Lebensjahre. Er ist vor allem als Anklagevertreter in großen Wirtschaftsprozessen, Barmat-Prozess, Käyellenbogen-Prozess, bekannt geworden.

Die Verhandlung gegen den früheren Landgerichtsdirektor Weber-Parlow wurde gestern auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. Das Gericht hatte sich dem Antrage des Staatsanwalts angeschlossen, der der Ansicht war, daß die Klärung der Frage, ob der frühere Landgerichtsdirektor sich der Untreue und des Betruges schuldig gemacht habe, als er die ihm übergebenen Grundschuldscheine weiter veräußerte, nur geklärt werden könne, wenn man über seine Vermögensverhältnisse zur fraglichen Zeit Klarheit habe.

Für den Kirchenaustritt ist jetzt die günstigste Zeit. Wer in den Vormittagsstunden nicht das Amtsgericht seines Wohnbezirks aufsuchen kann, dem bietet sich Gelegenheit zur schriftlichen Abgabe seiner Austrittserklärung jeden Montag und Donnerstag, 19 bis 20 Uhr, (Sneisenaustr. 41; jeden Dienstag und Freitag, 19 bis 20 Uhr, Große Frankfurter Str. 141, Ecke Fruchtstraße; jeden Sonnabend, 17 bis 18 Uhr, Charlottenburg, Rosinenstr. 4, I; jeden Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag, Reinickendorfer Str. 118 I. Die gelegentliche Gebühr beträgt 2 M. pro Person. Persönlicher Ausweis ist mitzubringen. Der jetzt erfolgte Austritt befreit bereits zum Ende des Steuerjahres von der Verpflichtung der Kirchensteuerzahlung.

# Dazu Sondergerichte?

### Terrorverordnung und Bagatelljustiz

Die Zweite Kammer des Sondergerichts ist aufgehoben worden, weil eine Kammer ausreicht. Nach einer gestrigen Verhandlung will es fast so scheinen, als ob auch diese eine Kammer sich künstlich Beschäftigung verschafft. Angeklagt war ein 27jähriger, mit den Kommunisten sympathisierender Arbeiter G. wegen gefährlicher Körperverletzung aus politischen Motiven und Rötigung.

Am 10. August, also am Tage der Verkündung der Terror-Notverordnung, standen gegen 7 Uhr morgens an einer Straßenecke in Spandau fünf Arbeiter, darunter der Angeklagte. Zwei Nationalsozialisten kamen des Weges. Man begrüßte sie mit „Rot Front“. Die Nazis meinten: „Was heißt Rot Front? Heil Hitler!“ Es entstand ein Wortwechsel, während dessen einer der Nazis dem Angeklagten zurief: „Halt die Schnauze, du Dreckjude.“ Schon war die Holzerei im Gange. Nach Aussage eines der beiden Nationalsozialisten erhielt er vom Angeklagten einen Schlag mit dem Kopf, auch wurde dem Nazi das Abzeichen abgerissen.

Das Schnellgericht in Spandau, vor dem sich G. zu verantworten hatte, verurteilte die Verhandlung und leitete die Sache ins ordentliche Verfahren über mit der Begründung, daß auch eine Körperverletzung aus politischen Motiven vorliege. Das Spandauer Amtsgericht leitete die Sache weiter zum Sondergericht. Die Staatsanwaltschaft erklärte, daß in diesem Falle eine Körperverletzung aus politischen Motiven nicht vorliege und daß es nicht erforderlich sei, die Sache vor das Sondergericht zu bringen. Dieses war aber anderer Ansicht und behielt die Sache zur Aburteilung.

An der gestrigen Verhandlung vertrat Staatsanwaltschaftsrat Dr. Mittelbach nach wie vor die Ansicht, daß in diesem Falle eine Körperverletzung aus politischen Motiven nicht gegeben sei; der ganze Zwischenfall sei ausgelöst worden durch die dem Angeklagten zugefügte Beleidigung. Die Terror-Notverordnung, die 1 Jahr Zuchthaus als Mindeststrafe tenne, sei deshalb nicht in Anwendung zu bringen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten, der bereits zweimal wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt ist, sechs Monate Gefängnis und das Sondergericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Tolk erkannte demgemäß. Das

Urteil ist rechtskräftig, erklärte Landgerichtsdirektor Tolk, der Angeklagte tritt die Strafe sofort an.

Das Ganze ist ein neuer Beitrag zum Kapitel: Terror-Notverordnung und Bagatelljustiz. Höher gehts nimmer!

### Die Devisenprozesse

#### Gefängnis für Dr. Boehmer und Genossen

Das Schnellschöffengericht verurteilte den früheren Gerichtsassessor Dr. Boehmer und seine Helfer, die Effekten in Höhe von 3 Millionen Mark verschoben haben, zu folgenden Strafen: Dr. Boehmer zu zwei Jahren Gefängnis und 6400 M. Geldstrafe wegen Devisenvergehens und schwerer Urkundenfälschung, der Bankremissier Via wegen Devisenvergehens zu ein Jahr neun Monaten Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe, den Bankprokuristen Wollsteiner wegen fahrlässigen Devisenvergehens zu 20000 M. Geldstrafe. Weitere vier Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen und geringen Geldstrafen verurteilt, darunter der Bankier Simon zu drei Monaten Gefängnis.

Der Devisenprozeß gegen Spreitmeier und Genossen geht erst am Montag weiter.

### Betrug mit Kohlen

Die 2. Große Strafkammer des Landgerichts II verurteilte den Mitinhaber der Kohlenfirma Schüler u. Heiligendortff A.-G., Direktor Heiligendortff, wegen gemeinschaftlichen sorgelosen Betruges zu sechs Monaten Gefängnis und den bei der Firma als Plathmeister tätigen Wilhelm Leppin zu einem Monat Gefängnis. Leppin erhielt Bewährungsfrist, die Direktor Heiligendortff verjagt wurde.

Die Firma Schüler u. Heiligendortff hat nach dem Urteil der Strafkammer von 1928 bis 1930 Kunden der Firma dadurch geschädigt, daß sie ihnen minderwertigere Kohlen, Koks- und Anthrazitmengen, als in Rechnung

gestellt waren; geliefert hat. Außerdem war auch das Gewicht der gelieferten Kohlen geringer, als auf den Liefercheinen angegeben war. Der Prozeß ist bereits durch vier Instanzen gegangen. Zunächst hatte das Schöffengericht Schöneberg beide Angeklagten freigesprochen. Die Berufungsstrafkammer hatte Heiligendortff zu drei Monaten und Leppin zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hatte das Reichsgericht die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Strafkammer zurückverwiesen, die nunmehr die Strafe gegen Direktor Heiligendortff erhöht hat. In dem Ermittlungsverfahren hatte ein Buchhalter ausgelegt, daß Direktor Heiligendortff versucht habe, ihn zu einer wahrheitswidrigen Angabe zu bestimmen, daß er, der Zeuge, von nichts wisse. Es war daher auch gegen Direktor Heiligendortff ein Verfahren wegen Verleitung zum Meineid eingeleitet worden, der Zeuge hielt aber bereits in der ersten Instanz seine Beschuldigung nicht mehr aufrecht, so daß Heiligendortff schon damals von diesem Anklagepunkt rechtskräftig freigesprochen worden ist.

### Familiendragödie

#### Sohn und sich selbst erschossen

Eine juchtbare Familiendragödie wurde gestern im Südosten Berlins im Hause Kollbuser Damm 66 aufgedeckt. In seiner Wohnung wurde der 38 Jahre alte Musiker und Kapellmeister Hans Weinke sowie dessen 14jähriger Sohn Heinz erschossen aufgefunden. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß Vater und Sohn aus Gram über den Tod der Mutter aus dem Leben schieden.

Diese Mord- und Selbstmordtragödie hat einen bedauerlichen Hintergrund. Frau W. hatte sich in der Nacht zum vergangenen Sonntag mit Veronal vergiftet und war im Laufe des Montags im Krankenhaus verstorben. Vater und Sohn konnten den Tod der Mutter nicht überwinden, und der Kapellmeister sahte den Entschluß, zusammen mit seinem Sohn der Frau in den Tod zu folgen. Er erschöpfte den Biersechsjährigen im Bett und brachte sich dann selbst einen Schlafenschuß bei.

In der Königsheide wurde von Ausflüglern auf einem Seitenweg ein 13jähriger Schüler mit einem schweren Schlafenschuß völlig erschöpft aufgefunden. Der Knabe wurde sofort ins Elisabeth-Hospital gebracht und operiert. Obgleich sich der Junge weigerte, seine Personalien anzugeben, konnte er bald als ein 13jähriger Joachim B. aus Adlershof

**DIE NEUEN HEINRICH JACOBI ZIGARREN**

Erhältlich in ca. 4000 Berliner Zigarren-Geschäften!



**DREIGROSCHENWUNDER**

Hochwertige Qualität und doch

NUR **15** und **20**

# Neuer scharfer Mieterprotest

## Die Not wird unerträglich

Der am 16. Oktober 1932 aus den verschiedensten preußischen Gebieten in Berlin versammelte Gesamtvorstand des Landesverbandes Preußen im Reichsbund Deutscher Mieter e. V. (Sitz Berlin) richtet, wie es in einer Entschließung heißt, an die Preussische Staatsregierung erneut die dringende Forderung, bei der Reichsregierung für eine beschleunigte Senkung der Mieten in Neu- und Altbauten, für Wohn- und Geschäftsräume einzutreten. Die Mieten liegen noch immer weit über den Vorkriegsständen, wogegen die Einkommen weit unter den Vorkriegsständen liegen. Der Gesamtvorstand des Landesverbandes Preußen stellt sich einmütig hinter die Entschließung des Gesamtvorstandes des Reichsbundes Deutscher Mieter e. V. vom 18. September 1932 (vom „Vorwärts“ seinerzeit veröffentlicht, D. Red.), die auch der preussischen Staatsregierung übermittelt worden ist. In Konsequenz dessen fordert der Gesamtvorstand des Landesverbandes Preußen von der preussischen Staatsregierung eine allgemeine Anweisung an die Wohlfahrtsbehörden dahingehend, daß die Tag für Tag sich häufenden Ermittlungen notleidender Mieter durch rechtzeitiges und ausreichendes Eingreifen der Wohlfahrts-

behörden in allen denjenigen Fällen unbedingt verhindert werden, in denen der Mieter schuldlos in Mietrückstand geraten ist.

Weiter wird in der Entschließung darauf hingewiesen, daß die Maßnahmen der Preussischen Staatsregierung zur Vorkriegsstand der Mieter schutz weit über das wirtschaftlich und sozial gerechtfertigte Maß hinausgegangen sind und daß das bis zum 1. Juli 1932 in Geltung gewesene System der Stundung und des Erlasses der Hauszinssteuer für hilflos bedürftige Mieter durch die Einführung der Bedürftigkeitsprüfung unter Anwendung der Säge der Wohlfahrtsfürsorge ganz erheblich verschlechtert worden ist. Die Verordnung vom 29. August 1932 hat den Mietern finanzielle Erleichterung gebracht. Der Gesamtvorstand des Landesverbandes Preußen im Reichsbund Deutscher Mieter fordert daher erneut die Wiederherstellung der bis zum Juli 1932 in Geltung gewesenen Bestimmungen über die Stundung und den Erlass der Hauszinssteuer.

Das Zentralwohnungsamt teilt folgendes mit:  
Auf Grund der Reichsnotverordnung vom

14. Juni 1932 können für Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden und für Leitungen von Wohnungen, die nach dem 1. Juli d. J. begonnen sind, „Zinszuschüsse“ aus Reichsmitteln bewilligt werden, wenn für die Kosten dieser Arbeiten ein Darlehen aufgenommen worden ist; die „Zinszuschüsse“ betragen 10 Proz. des ausgenommenen Darlehens. An Stelle dieser „Zinszuschüsse“ sind für Arbeiten, die nach dem 25. September begonnen sind, die „Reichszuschüsse“ — 20 Proz. für Instandsetzungsarbeiten und 50 Proz. für Wohnungsteilungen (höchstens jedoch 600 Mark für jede Teilwohnung) — getreten. Für Arbeiten, die bis zum 25. September in Angriff genommen worden sind, kommt nur die Bewilligung der zehnprozentigen „Zinszuschüsse“ in Betracht.

Auf Grund eines Erlasses des preussischen Wohlfahrtsministers vom 4. d. M. ist für Berlin die Bestimmung getroffen worden, daß Anträge auf Bewilligung der zehnprozentigen „Zinszuschüsse“ für die nach dem 1. Juli, aber vor dem 26. September d. J. begonnenen Arbeiten nur noch berücksichtigt werden, wenn sie bis spätestens 31. Oktober beim zuständigen Bezirkswohnungsamt eingegangen sind.

50-Pfennig-Reisekosten zum ersten Stock hinauf schicken. Im Aufschritt, immer drei Stufen auf einmal, geht es eine Treppe hoch, oben stehen sie schon in zwei langen Reihen Schlange, dicht bei dicht. „Was ist los“, will sich der eine informieren, da hat ihn aber schon der Herr mit dem Namensbogen beim Schlaflichen, damit er ihm um Gottes willen nicht etwa ausreißt. „Ausweis?“ „Hab keinen“, brabbelt der Angesprochene. „Na, macht nichts. Können Sie eine Mark wechseln?“ „Nein“, dabei tippt er sich an die Stirne. Jetzt große Jagd nach großem Geldwechsel, endlich findet sich doch noch ein Kapitalist. Als „Mitglied“ der Präsidialpartei dürfen sich nur die Bewohner der Berliner Altstadt eintragen. Bewohner der Außenbezirke bleiben ausgeschlossen.

Eine Frau kommt eben heraus. Man will sie bei ihr rasch Details holen. „Ach, was, ich mees doch nicht. Sie brauchen ja kein richtigen Namen und Adresse angeben und wählen können Sie nachher auch, was Ihnen Spaß macht. Hauptsache, es gibt 50 Pf., das kann ma heute brauchen.“ Unten steht der Brezelverkäufer und lacht sich eins, er schickt jeden, der des Weges kommt, nach oben und flüstert ihm zu. Hier gibts 50 Pf. ohne Arbeit...

## Dachstuhl-Großfeuer

### Sturm erschwert die Löschaktion

Durch ein Großfeuer wurde gestern das Dachgeschoss und der Dachstuhl des zweiten Fabrikquergebäudes in der Hollmannstraße 32 völlig vernichtet. Bei Redaktionschluss sind die Feuerwehren unter Leitung des Oberbranddirektors Gempp an der Brandstelle noch tätig.

Gegen 1/2 12 Uhr schlugen aus einem turmartigen Aufbau auf dem Dach des vierstöckigen Fabrikquergebäudes plötzlich die hellen Flammen hervor. Eine starke Rauchsäule kennzeichnete weiterhin die Stätte des Brandes. In kurzer Zeit wurde die Feuerwehr von sechs Stellen zur gleichen Zeit alarmiert. Drei Löschzüge griffen in die Bekämpfung des Brandes mit fünf Schlauchleitungen ein. Ueber eine mechanische Leiter und über das Treppenhaus drangen die Löschtrupps, die wegen der starken Verqualmung mit Rauchschutzhelmen ausgerüstet werden mußten, gegen den Brandherd vor. Durch den heftigen Sturm wurde die Löschaktion sehr erschwert.

## Merkwürdiger Musterschuß

### Kampf um Quadrate und Kreise

Der Kampf, den der Zivilingenieur Conrad, der „Erfinder“ der Kreise und Quadrate, zur Aufrechterhaltung seines Musterschusses gegen Berliner Kraftdroschkenbesitzer und Fahrgäste führt, zieht immer weitere Kreise.

Conrad hat gegen das Urteil des Landgerichts I auf Lösung seines Musterschusses beim Kammergericht Berufung eingelegt, und da das Urteil noch nicht rechtskräftig ist, hat das Reichspatentamt die Lösung des Musterschusses vorläufig abgelehnt. Conrad will bis zur Rechtskraft seines Urteils weiter gegen die Benutzer seiner Kennzeichen vorgehen. Er stößt dabei allerdings auf den starken Widerstand des Polizeipräsidiums, das gegen alle Kraftdroschkenbesitzer vorgeht, die etwa die durch Verordnung vom 2. März eingeführten Droschkennzeichen von ihren Wagen entfernen. Auch der Kraftdroschkenbesitzer Sufi aus Schöneberg, der auf Grund eines unverständlichen Urteils des Amtsgerichts Schöneberg bekanntlich verurteilt war, an Conrad eine Lizenz für jede Droschkenfahrt zu zahlen, hatte dies getan. Das Kraftverkehrsamt hatte Sufi, der einige Tage seine Wagen ohne die Kennzeichen laufen ließ, aufgefordert, die Kreise und Quadrate zu führen, und es war sogar gegen Sufi ein Verfahren wegen Urkundenfälschung bei der Staatsanwaltschaft beantragt worden. Unter diesen Umständen hatte es Sufi für richtiger gehalten, vom 15. Oktober ab wieder seine Droschken mit den amtlich geforderten Kennzeichen zu versehen. Er beabsichtigt jetzt allerdings, gegen das Polizeipräsidium eine Feststellungsklage zu erheben, in der er die Rechtsgültigkeit der betreffenden Verordnung bestreitet. Außerdem will er Schadenersatzansprüche gegen das Polizeipräsidium geltend machen, falls er tatsächlich gezwungen wird, die Lizenzbeiträge an Conrad zu zahlen.

Es ist selbstverständlich ein ganz unmöglicher Zustand, daß ein Ingenieur herkommt und sich dieselben Zeichen, die zu führen die Polizei die Autobesitzer gezwungen hat, sich gefällig schenken läßt und nun seinerseits die Autobesitzer und sogar ihre Fahrgäste zwingen will, ihm für die (von der Polizei vorgeschriebenen) Zeichen eine besondere Gebühr zu zahlen. Hier werden vermehrt gewordene juristische Streitfragen auf dem Rücken der Konsumenten und Autobesitzer ausgefochten.

## Paddlers Abenteuerfahrt

### Seit Mai im Boot unterwegs

Der Bootmeister eines Yachtclubs am Wannsee, in der Nähe von Schwanenwerder, beobachtet dieser Tage bei der Kontrolle der Boote einen jungen Mann, der mit einem Paddelboot angekommen war und sich dicht neben ein größeres Segelboot gelegt hatte. Der Paddler war dann auf das Segelboot übergestiegen, hatte sich in eine Decke gewickelt und zum Schlafen niedergelegt. Der Bootmeister glaubte einen Dieb vor sich zu haben, fuhr an das Segelboot heran und weckte den Schläfer recht unfsanft. Der erzählte ihm eine phantastische Wandergeschichte, die der Bootmeister nicht glaubte; er rief deshalb die Polizei herbei und übergab den jungen Mann den Beamten.

Auf dem Präsidium konnte der Wasserwanderer sich jedoch ausweisen als ein 20 Jahre alter Kaufmann Bruno L. aus Danzig. Der junge Mann war tatsächlich seit Mai d. J. unterwegs; er war mit seinem Paddelboot die

deutsche Küste entlanggefahren bis nach Fehmarn. Von dort fuhr er hinüber nach Kopenhagen, dann nach Kiel, durch den Nordostseelanal nach Hamburg, die Elbe hinauf, in die Havel. Am Freitagfrüh war er von Potsdam abgefahren. In Berlin wohnte eine Tante, die er besuchen wollte. In der Nähe von Schwanenwerder verirrte er sich und wußte nicht mehr weiter. Da er auf dem kleinen Boot nicht schlafen konnte, legte er an dem großen Segelboot an, stieg über und wollte hier die Nacht verbringen. Bei seiner Abreise hatte er etwa 200 M. Bargeld bei sich. In Kopenhagen wurde er durch das polnische Konsulat unterstützt. Unterwegs beherbergten ihn Paddlervereine und Segelclubs.

Der unternehmungslustige junge Mann hatte noch genug Lebensmittel an Bord, um bis nach Berlin zu kommen. Da seine Angaben richtig befunden wurden, hat man ihn wieder entlassen und seine Tante benachrichtigt.

staunen, daß das Septembergeschäft in Badeanzügen infolge der drohenden Verfügung um nicht weniger als 80 Proz. gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen ist. Gewünscht wird jetzt, daß der Tiefpunkt der Rückenfreiheit in der Taille sein Ende findet. Der geforderte Zwikel erwies sich bei der Mehrzahl der Badeanzüge — hauptsächlich wo es sich um qualitativ bessere Ware handelt — als ohnedies vorhanden. Soviel über die weibliche Badebekleidung. Die Männer sind gehalten, sich in gemischten Bädern ausschließlich in Badeanzügen zu präsentieren. Badelose und Dreieckhose sind nur für sportliche Veranstaltungen zugelassen. Man ließ sich dann zu der entschuldigenden Erklärung herbei, es seien von Anfang an zu den Besprechungen scheinbar nicht die richtigen Berater zugezogen worden, sonst wäre der vielumstrittene Zwikel, der oft schon vorhanden war, nicht erst gefordert worden.

## 17 Menschen für eine Kuh

### Bluttat indischer Amokläufer

London, 19. Oktober.

„Times“ meldet aus Budhata (Pundschab): Aus Erregung über das Verschwinden einer Kuh, die angeblich von Mohammedanern gestohlen und geschlachtet worden ist, haben hier drei Sikhs eine furchtbare Bluttat begangen, die 17 Todesopfer forderte. Mit Schußwaffen ausgerüstet, liefen sie am 11. Oktober in den Straßen von Budhata Amok und schossen auf jeden Mohammedaner, der ihnen begegnete. Acht Personen büßten auf diese Weise das Leben ein, neun wurden verwundet. Die Rasenden liefen dann in ein zwei Kilometer entferntes Dorf und erschossen dort neun Personen.

## Fünf-Groschen-Partei

### Präsidialpartei auf Mitgliederfang

Vor einiger Zeit erschienen an den Berliner Viskafäulen Plakate der Deutschen Präsidialpartei, die jedoch nur negativen Erfolg hatten, selbst die Leute, die man als Urheber der Anschläge hatte vermuten können, erklärten, nichts mit der Sache zu tun zu haben. Auf diesen Plakaten wurde tüchtig auf die Parteien geschimpft — und dabei möchte man doch selbst so gern eine Partei sein. Aber dazu gehören vor allem Mitglieder, und die hat man ganz und gar nicht. Was tut man also? — Man kauft sich Mitglieder, Nummer für Nummer für fünf Groschen. Das Geschäft begann gestern nachmittag im Hause Friedrichstraße 36. Anfangs hatte man sogar eine Reichsmark pro Mitglied geopfert; jedoch strömten die Berliner Arbeitslosen bei einer so leichten Möglichkeit, ein paar Groschen zu verdienen, so zahlreich, daß man bald den „Lohn“ auf 50 Pf. herabschleichen konnte. Ein Arbeitsloser, der sich den Kummel mit ansah, schrieb uns das folgende Stimmungsbild:

Im Hause Friedrichstraße 36 tut sich was. Vor dem Haustor eine Gruppe schmunzelnder junger Leute, unter ihnen ein paar Anreißer, die die

## Tumult im Rathaus Neufölln

### Irregeleitete Erwerbslose

Gestern abend drangen ungefähr hundert Erwerbslose gewaltsam in das Neuföllner Rathaus ein. Die Leute gaben an, kommunistische Erwerbslosenanstrenger in der tagenden Bezirksversammlung begründen zu wollen. Der Bürgermeister Scholz erklärte sich bereit, mit einer Delegation der Erwerbslosen zu verhandeln. Die übrigen Demonstranten ließ er durch Magistratsbeamte auffordern, das Rathaus zu verlassen. Die Erwerbslosen kamen dieser Aufforderung nicht nach, so daß die Polizei alarmiert werden mußte. Der Polizeioffizier bemühte sich, eine Gewaltanwendung vermeiden zu können. In einer kurzen Ansprache machte er die Erwerbslosen darauf aufmerksam, daß sie sich bei Widerstandsverbrechen schweren Strafen aussetzen würden und daß es doch keinen Zweck hätte, nachdem eine Delegation zugelassen sei, länger im Rathaus zu bleiben. Einige Demonstranten verließen dann auch das Rathaus, aber die große

Menge wankte und wich nicht. Der Offizier richtete noch mehrmals in dringenden Worten die Aufforderung an sie, endlich das Rathaus zu räumen. Die Bemühungen des außerordentlich korrekten Offiziers blieben jedoch erfolglos, so daß die Demonstranten mit Gewalt entfernt werden mußten. Einige Leute wurden wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt festgenommen. Die Verantwortung für diese nutzlosen Gewaltakte trifft die kommunistischen Drahtzieher. Sie sitzen geruhlos in ihren Amtsstuben, die Gummiknüppel bekommen die irregeleiteten Erwerbslosen zu spüren.

## So darfst du baden!

Die berechtigten Ängste der Badeanzugindustrie sind verfliegen. Herr Bracht hat eingesehen, daß die teilweise vorhandenen Riesenläger von Badeanzügen nicht der Prüderie einiger alter Tanten geopfert werden können. Man hörte mit Er-

## Weibliche Angestellte

die den „Vorwärts“ noch nicht abonniert und den jetzt erscheinenden Roman „Gilgi, eine von uns“ noch nicht gelesen haben, sollten schleunigst das Versäumte nachholen und an dem

## Preisausschreiben des „Vorwärts“

teilnehmen. RM 400.— Bargeld und wertvolle Preise sind ausgesetzt. Die Bedingungen des Preis Ausschreibens sind in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ veröffentlicht.

GUT  
PREISWERT

# ZUNTZ-TEE

GESUND  
ERGIEBIG



# Preußenkasse und neue Staatsführung

## Neue 500 Millionen Staatsopfer für junkerliche Mißwirtschaft

Die grundsätzlich neue Staatsführung hat es in sich. Allein Gott und sich selbst verantwortlich, sorgt sie für eine neue Harmonie der Klassen. Sie nimmt dem Arbeiter und schenkt dem Unternehmer. Sie nimmt den Verbrauchern und Steuerzahlern und schenkt den Kartellmonopolisten und Junkern. Demokratische Kontrolle mit ihrem Plebejergeschrei ist von Uebel. Dieser Klassenungleichheit ist etwas einseitig, gewiß. Die Rechtsgleichheit wird abgeschafft. Aber das ist die Schuld der Rechtsgleichheit, nicht des lieben Gottes und seiner adligen Stellvertreter im verfassungsmäßig heute noch demokratischen Deutschland.

### Papen hat in Paderborn die Verreichlichung der Preußenkasse angekündigt.

und man erwartet alle Tage eine entsprechende Verordnung. Ein zentraler Spitzenausgleich der Finanzierung in der landwirtschaftlichen Produktion für das ganze Reich ist sicher eine gute Sache. Aber auch hier werden Klagen gegenläufige „ausgebügelt“ im Namen der grundsätzlichen neuen Staatsführung: Die Sicherungsbetriebe des Ostens, d. h. in erster Linie die bankrotten Großbetriebe der Junker, werden von ihren Schulden größtenteils befreit. Das ist nämlich der Sinn dieser Verreichlichungsaktion. Natürlich auf Staatskosten, d. h. auf dem Rücken des Steuerzahlers. Man spricht von 70 Proz. der genossenschaftlichen Kredite, die bei Sicherungsbetrieben faul sind, man spricht heute noch von 200 Millionen, die der Sanierung der Genossenschaften im Zuge mit der Verreichlichung der Preußenkasse zugeführt werden sollen.

Herrn von Krosigk, dem Säckelmeister der Gott allein verantwortlichen Reichsregierung, ist übrigens auch deshalb nicht bange. Er ist Rittmeister über den Bodensee gewöhnt; siehe die 2,2 Milliarden Steuergutscheine und das Loch in den künftigen Einnahmen. Aber was soll man sagen? Wenn bankrotte Großgrundbesitzer von ihrem angeflaminten Besitz herunterstürzen, würde zwar, wie die Dinge heute liegen, der Landwirtschaft gedient, aber nicht „der Landwirtschaft“, wie sie die Regierung der Barone aufhält. Wirtschaftliche Vernunft ist eine plebejische Angelegenheit; sie hat bei den Maßnahmen der grundsätzlichen neuen Staatsführung nichts mitzureden.

Aber es sieht so aus, daß aus der Umwandlung der Preußenkasse in ein Reichsinstitut, hinter der die Besitz- und Nachterhaltung der Junker verheimlicht verborgen wird, eine

### Subventionsaffäre von phantastischen Ausmaßen

werden wird. Nicht 200 oder 250 Millionen, sondern das Doppelte scheint zur Beförderung zugunsten der Junker aufgemeldet werden zu sollen. Einzelheiten darüber berichtet die sonst gut informierte „Deutsche Getreidezeitung“ am 19. Oktober. Für die Sicherungsbetriebe im Osthilfsgebiet rechnet sie zunächst mit einer Summe von 200 Millionen. Daß die Genossenschaften 60 Millionen davon selbst übernehmen sollen, hält sie für hypothetisch, da schließlich doch das Reich bezahlen werde. 90 Millionen zahlt das Reich (Schahgutscheine) direkt aus Steuern, 50 Millionen möchte das Reich bei den Landwirten später noch kassieren. Die „Getreidezeitung“ glaubt nicht daran, wir auch nicht. Dazu kommen aber weitere 150 Millionen Genossenschaftsverluste im Osthilfsgebiet, die ebenfalls das Reich tragen soll. Dazu kommt ferner ein genossenschaftlicher Sanierungsbedarf von rund 100 Millionen im übrigen Reich; denn kriegt der Osten was, darf der Westen und der Süden nicht zurückbleiben. Summa summarum also 450 Millionen Mark!

Den tatsächlichen neuen Geldbedarf schätzt die „Getreidezeitung“ auf 200 Millionen, aber nur dann, wenn 50 Millionen Abschreibungen bei dem Kapital und den Reserven der Preußenkasse gemacht, die Genossenschaften tatsächlich ihre 60 Millionen selbst zahlen würden und das Reich die 50 Millionen von den Landwirten noch herausholen würde. Der Bedarf ist aber auf mindestens 400, wahrscheinlich aber nahe an 500 Millionen zu schätzen, wenn die beiden letzten unsicheren Voraussetzungen nicht eintreffen und der Preußenkasse neue Betriebsmittel zu-

geführt werden müssen, die schließlich nur der Staat stellen kann. Es bleibt also wahrscheinlich bei den 500 Millionen, die gelegentlich der Verreichlichung der Preußenkasse, hauptsächlich der junkerlichen Besitzverteilung auf Reichskosten geschenkt werden sollen.

Wenn wir von der Papen-Regierung nicht durch eine Aufstufung eines anderen belehrt werden, befinden wir uns in der schwersten Wirtschaftskrise, hat das Reich ein Riesendefizit und die Worte „Armut“ und „Pleite“ werden auch volkswirtschaftlich heute noch groß geschrieben. Und doch 500 Millionen neue Geschenke? Und das zu dem volkswirtschaftlich nicht vertretbaren Zweck, bankrotte Landwirte an Stelle von besseren weiterwarjten zu lassen? Und das zu einer Zeit, wo man gerade zugunsten der Landwirtschaft die Zinsen abgebaut hat und den Export als Steuerquelle zu ruinieren auf dem besten Wege ist?

Aber die politische Geschichte ist da, um aus ihr zu lernen.

### Wäre der 20. Juli in Preußen gekommen,

wenn Preußen nicht solchem finanziellen und agrarpolitischen Wahnsinn entgegengestanden hätte, wie er hier bevorsteht? Wenn nicht befürchtet worden wäre, daß die preußische Regierung in Erfüllung selbstverständlicher staatspolitischer Pflichten der rein subventionellen Besitz- und Nachterhaltung der feudalen Junkerkasse eine ehrliche Sanierung der Landwirtschaft mit ver-

nünftigen Mitteln vorangestellt hätte? Wir denken ferner an die Stinkbomben der vereinigten Rechten gegen den ehemaligen Leiter der Preußenkasse Klepper, mit dessen persönlicher Inflation man nur die verdienstvolle und reinliche Politik der Preußenkasse zu treffen und zu vernebeln hofft, um so um so sicherer die Besitz- und Nachterhaltung der Junker durchführen zu können, die freilich wichtig ist, wenn der Feudalismus in Deutschland fröhliche Urständ feiern soll.

Für die Sozialdemokratie ist diese Politik des finanziellen und politischen Wahnsinns keine Überraschung. Sie weiß aber auch, daß diese Reichsregierung und diese neue Staatsführung kein langes Leben haben können. Sie kämpft für den Sturz dieses Systems und dieser Staatsmethoden, weil sie das arbeitende Volk der Städte und die Bauern auf dem Lande nicht wieder zum Zufühnen herrschender Kräfte machen lassen will. Sie kämpft für die Verstaatlichung des Großgrundbesitzes, um mit der Sicherung demokratischer Freiheit in Stadt und Land auch der agrarpolitischen Vernunft in Deutschland eine dauernde Stätte zu bereiten. Wie die Stinkbomben gegen die Preußenkasse sich schließlich gegen die Rechten, die sie zu werfen versuchten, so wird es auch vergeblich sein, wenn die jetzige Reichsregierung die Junker durch Beförderung in Nachpostitionen zurückführen will, die durch die Beschlüsse überholt sind. Der 6. November wird für die Sozialdemokratie und das arbeitende Volk nur eine Etappe auf diesem Wege sein.

## Der Kontingentswahn

### Immer schärfere Proteste — Immer tollere Folgen

Der Sturm gegen die Kontingentspolitik der Regierung wird immer heftiger; er ist durch die Tatsachen, die oft groteske Formen annehmen, nur zu gerechtfertigt. Wir zählen heute nur auf:

Der Reichsoberband des deutschen Groß- und Ueberseehandels stellt fest, daß schon die ersten Wirkungen der Kontingentspolitik einen bisher nicht bekannten plötzlichen Rückgang der einlaufenden Exportaufträge bei den deutschen Exporthäusern zur Folge gehabt habe. Besonders scharfe Ablehnung haben die Vertreter in Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Holland und Italien erfahren, den besten bisherigen Absatzmärkten Deutschlands. Wegen der herrschenden Stimmung bleiben selbst billige Preisstufungen unberücksichtigt.

Der dritte Vierteljahresbericht der I.G. Farben meldet schlimme Auswirkungen der Kontingentspolitik. Auf den nordischen Märkten habe schon deren Ankündigung zu solchen Abnahmeverlusten geführt, daß alle gegen Ende des dritten Vierteljahres festgestellten Belegungsanläufe beim Export mehr als ausgeglichen wurden.

Es sieht in der Tat so aus, daß große Teile der bisherigen ausländischen Käufer auch dann von Deutschland nicht kaufen, wenn Deutschland billiger ist. Ein holländischer Kaufmann hat unserem dortigen Vertreter gesagt, daß die deutschen Reisenden besser zu Hause bleiben, denn sie können kaum Aufträge bekommen. Die deutsche Politik sei einfach unerträglich. „Wir kaufen heute von England, auch wenn wir dafür mehr zahlen, obwohl wir immer deutschfeindlich waren und nie besondere Sympathien für England hatten. Wenn Deutschland jetzt unsere Produkte verkaufen lasse, dennoch aber bei uns verkaufen will, so muß auch der einfache Mann in Holland heute, nachdem Holland im Kriege Deutschland zu essen gegeben habe, das deutsche Vorgehen einfach als Unbarmherzigkeit empfinden.“ Diese Stimmung ist allgemein. Sie bildet den Rückhalt für die Boykottstimmung gegen Deutschland, die selbst dann dauernde Wirkungen hinterlassen würde, wenn Deutschland von seiner Kontingentspolitik wieder zurückträte.

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht aus einem Brief eines deutschen Tertilindustriellen folgendes: „Da das Geschäft mit Deutschland leider schwerer und schwerer wird, weil Deutsch-

land so wenig bei uns kauft, müssen wir uns allmählich englisch umstellen. Mit Deutschland haben wir jetzt fast nur Warenaustausch. Durch die hiesige britische Ausstellung habe ich in meiner Branche leider nichts finden können. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie durch Ihre englischen Verbindungen mir eine leistungsfähige Firma für meine Artikel angeben könnten; eventuell wollen Sie vielleicht veranlassen, daß diese mir gleich Muster für eigene Rechnung mit billigten Preisen sendet.“

Eine ehemalige deutscher Käufer in Dänemark bittet also seinen früheren deutschen Lieferanten, ihm eine englische Firma zum Einkauf zu empfehlen. Gibt es noch Tolleres?

## Plötzlicher Pfundsturz

### Stabilisierung aufgegeben — Dunkle Hintergründe

Am Mittwoch ist der englische Pfundkurs überraschend stark gefallen. In Berlin wurde das Pfund am Dienstag mit etwa 14,50 Mark, am Mittwoch mit nur 14,25 Mark bezahlt. Dieselbe Erscheinung zeigte sich an allen Weltbörsen und vor allem in London. Der Kurs ist damit wieder auf den tiefsten Stand gesunken, den er in diesem Jahre gehabt hatte.

Monatelang schien es, als sollte der Pfundkurs auf dem Stande 3,50 Dollar je Pfund gehalten, d. h. faktisch stabilisiert werden. Die Schwankungen des Kurses waren weitgehend ausgeschaltet dank der Tätigkeit der Bank von England, die aus einem Valutaausgleichsfonds Pfunde gegen fremde Währungen kaufte oder verkaufte. Die englischen Minister haben nicht ohne Stolz des öfteren auf diesen „Erfolg“ des nationalen Kabinetts hingewiesen. Am Dienstag und Mittwoch hat nun die Bank von England plötzlich ihre Kursstützungstätigkeit eingestellt, was den Sturz des Pfundkurses zur Folge hatte.

Warum das geschah, ist bis jetzt nicht klar. Tatsache ist, daß in den letzten Monaten ein erheblicher Devisenbedarf vorhanden war. Einmal hat sich die Handelsbilanz nicht so ent-

wickelt, wie man bei Aufgabe des Goldstandards gehofft hatte. Der Einfuhrüberschuß hat sich zwar im ganzen vermindert; aber infolge der im Herbst saisonmäßig ansteigenden Einfuhr mußte die Bank von England erhebliche Devisenbeträge (oder Gold) abgeben. Außerdem hat die große Anleihekonzession, an sich zweifellos ein Erfolg, zu erheblichen Rückzahlungen von England an das Ausland geführt. Schließlich sollen in den letzten Tagen europäische, besonders französische Banken wieder in größerem Umfang Guthaben aus London abgezogen haben.

## Die Reichsbahnaufträge

### Finanzierung endgültig gesichert

Die Finanzierung der Reichsbahnaufträge in Höhe von 280 Millionen Mark, die im Zusammenhang mit dem Papenschen Wirtschaftsprogramm vergeben werden, ist jetzt endgültig klar gestellt.

Von dem Gesamtbetrag von 280 Millionen Mark werden 180 Millionen mit Hilfe der Steuergutscheine aufgebracht, die die Reichsbahn auf Grund der Beförderungsteuer erhält. Zur technischen Durchführung der Finanzierung hat das Bankinstitut der Reichsbahn, die Verkehrskreditbank, eine Gesellschaft gegründet, die Reichsbahnbeschaffung G. m. b. H., deren Kapital 10 Millionen Mark beträgt. Die Aufgabe der Gesellschaft ist, die Steuergutscheine durch Wechsel vorzufinanzieren. Praktisch sieht die Sache so aus, daß die Reichsbahnlieferanten Wechsel auf dieses neue Reichsbahnunternehmen ziehen und sich verpflichten, bis zur Flüssigmachung der Steuergutscheine die Wechsel verlängern.

Die Reichsbahnbeschaffung G. m. b. H. wird diese Wechsel bei der Verkehrskreditbank diskontieren lassen, die ihrerseits wieder einen Teil der Wechsel bei der Reichsbank rediskontieren lassen wird. Diese Technik der Vorfinanzierung ermöglicht es der Reichsbahn, die volle Summe von 180 Millionen aus den Steuergutscheinen für die Arbeitsbeschaffung einzusehen. Bei einer Lombardierung der Steuergutscheine würde die Reichsbahn nur 75 Proz. des Börsenwertes erhalten und für Arbeitsbeschaffung einsehen können.

Außerdem wird die Reichsbahn Aufträge in Höhe von 100 Millionen aus eigenen Mitteln bestreiten.

## Mehr Kohlen

### Größere Förderung im September

In den deutschen Steinkohlenrevieren wurden im September 8,19 Mill. Tonnen gefördert gegen 8,35 Mill. Tonnen im August. Die Steigerung beträgt 1,6 Proz., arbeitstäglich aber 5,6 Proz. In den mitteldeutschen und rheinischen Braunkohlengebieten erhöhte sich die Bruttoerzeugung von 2,55 auf 2,63 Mill. Tonnen. Die arbeitstägliche Bruttoerzeugung stieg um 6,9 Proz. Die Gründe für die vermehrte Förderung bzw. Bruttoerzeugung sind saisonmäßig, da sich die Abnahme für Hausbrandzwecke vermindert haben. Einige Bezirke melden für Steinkohle allerdings auch eine geringe Belegung beim Industriebedarf.

Macdonald wird Vorsitzender der Weltwirtschaftskonferenz, nachdem er um die Uebernahme des Vorsitzes erudiert worden ist. Er hat im englischen Unterhaus die Annahme der Einladung mitgeteilt.

Die Firma Opel hofft auch in diesem Winter die Gesamtbelegschaft von 6000 Mann durchzuhalten, nachdem seit 15 Monaten Arbeiterentlassungen nicht erfolgt seien. Die Firma Opel bestreite nicht nur ihren Anteil am Inlandsmarkt und am deutschen Export, sondern exportiere auch in steigendem Maße nach Uebersee, wo die Verkaufssaison von der europäischen verschieden sei.

Die englische Luftfahrtgesellschaft, die Imperial Airways Ltd. in London, will für 1931/32 wie im Vorjahr wieder 6 Proz. Dividende verteilen, nachdem das am 30. März beendete Geschäftsjahr eine Verkehrszunahme gebracht hatte. In den sechs Monaten von April bis September 1932 sind im europäischen Verkehr 37 465 Passagiere befördert worden gegen nur 30 624 im ganzen vorhergehenden Jahre und 28 499 im Jahre 1930/31.

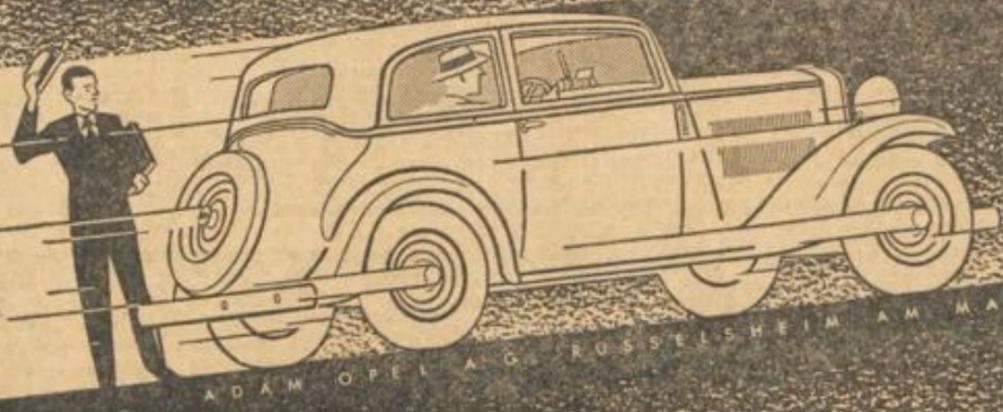
# GUT GEMACHT!

Schöne Formen. Stromartige Linienführung. Sehr viel Raum. Sorgfältig ausgestattet. Viele praktische Neuerungen. Anerkannt gute Leistung. Äußerste Wirtschaftlichkeit. Der neue

## OPEL REGENT

1,2 LTR. 4 ZYL.  
1,8 LTR. 6 ZYL.

EIN NEUER MASSTAB FÜR FAHRKOMFORT



**IRMGARD KEUN: Gilgi eine von uns**

451

„Oh, Martin, ich bin doch schon manches Mal so lange fortgewesen.“

„Nein, das bist du nicht, und du bist auch nie fortgegangen, ohne ein Wort zu sagen.“

„Sieh nicht so böse aus, Martin — gib mir einen Kuß, ich bitte dich — schnell — ich muß jetzt eben noch mal fort — nachher erkläre ich dir...“ Er zieht sie ins Zimmer, hält ihr Handgelenk umfaßt mit bösem, hartem Griff. Hat ja auch allen Grund, böse zu sein. Himmelherrgott, hat er sich geängstigt. Einmal angefangen zu warten, hat's ihn immer tiefer und quälender in Angst und Unruhe getrieben. Tausend und tausend Möglichkeiten hat er ermogt, viele Arten von Möglichkeiten, alle wild durcheinander gewirbelt — traurige, häßliche, furchtbare Möglichkeiten, die sich schließlich zu folternder Gewißheit verdichteten. Und plötzlich entdeckt man, wie man an der Kleinen hängt — eine harte Ruß, diese Entdeckung, keineswegs nur erfreulich. Ein zweifelhaftes Vergnügen — zu merken, daß auf einmal das eigene Glück und Wohlbefinden von einem anderen abhängt. Da steht man wie ein hilfloser Idiot und ist nicht mehr Herr über seine Freuden und Schmerzen. Nur weil es dem liederlichen kleinen Mädchen so paßt, sich mal viele und endlose Stunden in geradezu unverantwortlicher Weise herumzutreiben — ja wohl, herumzutreiben — muß man Höllenqualen ausstehen — na, eine schöne But hab' ich auf dich, weil ich dich so lieb habe. „Zum Donnerwetter, sprich doch — wo bist du gewesen?“ Natürlich — um jetzt vollkommen gerechtfertigt zu sein, müßte sie tot sein — Gott sei Dank, daß sie lebt. „Wo bist du gewesen?“ Sieht da vor ihm die Kleine — ganz blaß und verärgert — ohne Hut, die Haare verweht — abgehört, schuldbewußt — hat einen bösen, trostigen Zug um den Mund —

„Laß mich los, Martin, ich muß jetzt fort.“ „Gilgichen, ich hab' mir doch Sorgen um dich gemacht, ein paar Minuten wirst du jetzt wohl Zeit haben für mich.“ Er läßt ihr Handgelenk los, streicht ihr übers Haar — hilflos ist Gilgi der weichen Stimme und der sanfteren Berührung ausgeliefert. Sie legt ihm die Arme um den Hals, öffnet vergebend die Hände — die Ringe fallen zu Boden — der blaue Saphir, der grüne Smaragd, die beiden Brillanten, die große Perle... Einen nach dem andern hebt Martin auf... „was ist denn das — woher hast du die?“

„Von meiner Mutter.“

„Von welcher?“

„Von der Magazindame — sie ist ohnmächtig geworden — sie ist mir furchtbar fremd. Die Ringe müßten noch verkauft werden oder vererbt — aber ob man dann fünf-hundert Mark dafür bekommt? Martin — ich muß ja gehn — ich muß ja gehn — die warten jetzt...“

„Wer wartet? — — Komm' mit, Gilgichen, ruh' dich ein bißchen aus und erzähl' mir dann erst mal...“

Gilgi geht mit Martin ins Wohnzimmer — so hübsch hat er den Tisch gedeckt — und nichts angerührt — nur die Flasche Hennessy, die gestern noch voll war, ist jetzt halb leer. Gilgi fällt müde auf einen Stuhl — „Ich werde schnell etwas essen und trinken“ — ja, viel trinken — dann geht's sicher leichter mit dem Erzählen. Gilgi trinkt hastig hintereinander — alles ist so wirr — die Worte rutschen immer mehr nach innen. Ach, jetzt nur schlafen können. Nein, sie kann nichts essen, sie mag nicht, der kleinste Bissen wird im Mund riesengroß — hundertmal muß man schlucken, eh' er durch die Kehle geht. Lieber trinken und — „eine Zigarette.“ Auf dem Tisch liegen die Ringe, funkeln ein bißchen, glihern... „Meinst du, Martin, daß man fünfhundert Mark für sie bekommt?“ Gilgi fallen fast die Augen zu vor Müdigkeit. So schwerer Duft im Zimmer. Drei runde schwarze Vasen mit weißen Hyazinthen. Martin liebt sie so sehr, diese Blumen, und Gilgi liebt sie auch, weil Martin sie liebt. Martin steht vom Tisch auf, geht unruhig im Zimmer hin und her, setzt sich auf den Diwan, raucht... In den Hyazinthenduft mischt sich der Geruch von Virginiatabak — ein Mißgeruch, der für Gilgi untrennbar mit Martin verbunden ist — Noch etwas trinken... dann kann man wohl sprechen. Und eigentlich ist doch alles ganz klar, und nichts ist tragisch zu nehmen. Ist ja zum Lachen, daß man auf einmal die einfachsten Dinge von der Welt so kompliziert und... „Martin, du brauchst nicht so böse zu gucken — gar kein Grund — er war bei Bit und bei meiner Mutter — wegen Geld — ein Freund kommt sonst ins Gefängnis.“

„Was für ein Freund?“

„Ein früherer Freund. Es ging ihm so schlecht — er war mal hier —“ Gilgis Rede verwirrt sich zusehends. Jetzt muß sie sagen, daß sie neulich gelogen hat, das ist wohl das Schwerste, was es gibt. Sie hat nicht allzu oft gelogen in ihrem Leben — aber wenn — dann hätte der Weltuntergang davon abhängen können — bei der Lüge wär' man geblieben. Und Martin muß ja denken, sie hätte ganz schreckliche Dinge getan, weil sie so rot und unsicher und verlegen ist. Dabei ist alles so einfach — zum Lachen einfach. Hans und Hertha, die haben wirklich Sorgen... Gilgi springt auf, greift nach den Ringen — „Ich muß jetzt gehn, Martin...“

„Bleib hier, Gilgichen — denkst du, ich liebe dich jetzt so auf die Straße! Wenn du die Ringe jemandem bringen willst — die kann ich ja auch nachher für dich da hinbringen. Komm' mal her...“ Gehoriam setzt sie sich zu ihm, läßt den Kopf in seinen Schoß fallen... „Also wer soll die Ringe haben? Was ist das für ein Freund?“ „Ich kannte ihn von früher — neulich war

er da — mit Bohnerwachs — so arm — und die Frau — die Kinder...“

Es ist schwer, aus Gilgis verworrenen Reden den richtigen Sinn zu verstehen — es ist allzu leicht, einen falschen Sinn heraus-



„Wo bist Du gewesen?“

Phot. Paramount

zuhören... „Also soviel versteh' ich nun glücklich — ein früherer Freund von dir war hier, und du hast mir das verschwiegen. Mein kleines Mädchen, wenn man etwas verschweigst, dann stimmt doch was nicht, dann ist doch da irgendein Gefühl... oder bist du

so ein dummes Kind, daß du glaubst, ich nähme dir übel, daß du nicht auf mich — als auf den ersten gewartet hast? Was denkst du denn von mir, Kleine? Versteht' mich recht, Gilgichen, wenn ich in der letzten Zeit manchmal dumme Fragen stellte, dann weil... na, wenn man eine Frau sehr lieb hat, dann wird man kindisch, dann ist man weder klug noch überlegen, noch einsehensvoll. Dann steigen alle die dummen Erbgefühle in einem auf, dann neigt man zu Selbstqualerei — Vorstellungen und Bilder drängen sich einem auf, und es quält einen zu denken, daß alle die süßen, lieben Zärtlichkeiten auch andere schon... dann werden die bösen Männchentreibe wach, die „brutalen Besitziger“ und Herrschinstinkte... mein dummes Gilgichen, mein

kleines Maotimädchen... wie traditions-gelöst so eine kleine Frau sein kann — wie ich dich liebe, weil du so bist — ach, ein Mann ist ja tausendmal traditionsgebundener, meine Kleine...“

(Fortsetzung folgt.)

**Vom Geben**

Betrachtung von Felix Stöffinger

Wir sitzen auf einer Bank am Bittenbergplatz. Es ist ein warmer Oktoberabend, die Straße ist leer geworden, nur die Bettler schwirren noch umher. Sie können sich nicht entschließen auszuhehören. Im nächsten Augenblick wird der aufrechte Greis mit dem weißen Marinebart vor unserer Bank stehen, ihm seine steife Hand, in der er etwas Unbestimmliches hält, hestehend auszustrecken.

„Schau nicht hin, wenn er kommt. Ich kann sein verlogenes Gesicht nicht mehr sehen.“

Der Maler, der mir das sagt, hat in seiner Spontanklage immer loses Geld für Arme. Es muß schon ein starker Anlaß sein, der ihn so reizt. Sonst kann ich an ihm trotz aller Freundschaft nicht leiden, daß er an allen Leuten etwas zu loben und zu lieben findet. Er hat Ausreden für jedermann. Wir nennen das seinen Höflichkeitsschwulst.

Der alte Mann steht vor uns. Das Gesicht ist weiß, gedunsen. Der Maler blickt zu Boden, um ihn nicht zu sehen. Das Wegwenden des Kopfes ist ein Urteil. Es heißt: ich gebe nichts.

Der Alte sieht wirklich scheußlich aus. Er hat das denkbar unpossielste Gesicht zum Betteln. So mag man früher auf der Bühne stille Bösewichter dargestellt haben. Jedes Fältchen um seine Augen heuchelt etwas anderes, alle zusammen tun schön. Die Nasenlöcher sind von einem verlogenen Lächeln aufgebläht. Das Fette seines Gesichts wirkt wie ein Abglanz früherer Bonhomie. Wie mag er einmal zu seinen Untergebenen gewesen sein! Nein, wenn man daran denkt, kann man ihm nichts geben. Die Hand schreckt zurück. Sie fürchtet sich, beim Geben seine Hand zu berühren. Endlich geht er weiter.

„Du siehst“ sagt der Maler, „du hast Goethe einmal Unrecht getan.“

„Womit?“

„Als du dich über seine Bemerkung geärgert hast, daß man einer schönen ausgestreckten Hand lieber etwas gibt. Als ob wir ein Recht hätten, unter Hungernden das schönere Gesicht vorzuziehen. Uebrigens, in der Sache waren wir ja einig, daß Goethe einem mit seinem Leutseligkeit auf die Knieen gehen kann. Aber jetzt sind wir wohl so weit, die angenehmere Hand des Bettlers vorzuziehen.“

Wir schweigen. Das Gespräch setzt sich von selbst in unseren Köpfen fort.

„Hast du schon die hübsche Chinesin gesehen, die in den Cafés der ganzen Gegend ringsherum jeden Abend ihre Zeitung verkauft?“

„Eine Chinesin?“ Das Gespräch belebt sich.

„Ja, und was für eine. In den letzten acht Tagen habe ich sie schon dreimal gesehen. Da kann man einmal studieren, was Erfolg ist. Ich sah sie gestern in dem Café da hinten. Sie ist bildschön mit ihrem blauschwarzen Büßelkopf. Sie ist übrigens sehr schön angezogen. Sie bettelt nicht, sie verkauft aus Ueberzeugung eine sozialistische Zeitung. Dadurch, daß gerade sie sie verkauft, macht sie die Zeitung bekannt. Unauffällig huscht sie durch den Raum, aber alle Augen finden sie. Unglaublich, wie die Leute wieder einmal im Rücken Augen haben und sich umdrehen, als ob sie wüßten, wer hinter ihnen steht. Wenn man diese Chinesin nur von hinten sieht, freut man sich an ihrem Rücken, der durch den Silberfalsch noch

schöner hervortritt. Sie hat einen leichten Vogeltritt, wie ihn nur Asiatinnen haben können. Ohne anzustoßen, schlüpft sie durch das dichteste Stuhlgestrüpp. Und dabei so taktvoll, daß man sie nicht zu sehen braucht, wenn man nicht will. Sie spricht kaum ein Wort, hält die Zeitung hin und drückt mit der anderen Hand einen großen Ballen Zeitungen an ihre Brust. So was von schnell und lautlos verkaufen hast du noch nicht gesehen. Sie bittet niemand; man bittet sie. Man zieht sie durch Blicke, Bewegungen, Rufe an den eigenen Tisch. Ich sah Leute sich von ihrem Tisch erheben, ihr nachgehen, nur um sie von vorne zu sehen. Dafür zahlten sie gern 20 Pfennig und nahmen die Zeitung umsonst mit. Dieselben 20 Pfennig, um die sich hier auf der Straße ein Haufen unglücklicher Bettler stundenlang und vergeblich herumdrücken muß.“

Einige Bettler hatten das Gespräch mit ihrem Schatten unterbrochen. Aber sie waren weitergegangen, denn sie merkten, daß wir sie nicht sahen. Es wurde Nacht.

„Weißt du was, wir gehen noch auf ein Stündchen hinüber ins Café. Vielleicht ist deine Chinesin

da. Ich will sehen, was das für eine Zeitung ist, die sie verkauft.“

Wir gehen hinüber, und wirklich, nach zehn Minuten, huscht die Chinesin wieder durch den Raum. Sie trägt einen noch größeren Zeitungsballen als vorige Woche. Offenbar kann sie nicht soviel tragen wie sie verkauft. Wieder huscht sie von Tisch zu Tisch. Wieder wird sie von den Tischen angerufen, denen sie nur den Rücken im Silberfalsch zeigt. Wieder heben sich Hände von Gästen, die offenbar fürchten, übergangen zu werden. Wir kaufen natürlich auch, und zum erstenmal sehe ich, wie sie mit ihren dunklen, vollen Lintenaugen einen Dank lächelt, — und schon ist sie weg.

Zwischen den Tischen im Mittelgang des Cafés steht ein abgehämter, älterer Mann, schwer und ungeschickt mit Zeitungen bepackt. Er hat sie auf Schulter und Arme aufgebaut und geht wie ein wandelnder Zeitungstand umher. Er kann nicht anders als überall anzustoßen und Anstoß zu erregen.

Er sieht aus wie das Elend, wie der Mißerfolg. Fragend und bleich dreht er sich auf einer Stelle herum, aber niemand sieht ihn, die Augen schauen gleichgültig durch ihn hindurch. Kein Blick verweilt auf seiner Gestalt, seinem Schicksal. Und wer ihn sieht, weigert sich, ihn zu sehen. Bis ihn endlich der Geschäftsführer bemerkt, ihn, wie jeder andere, als Störung empfindet, an ihn herantritt und mit einer barschen Handbewegung diesem Unfug im Café ein Ende macht.

**Seltene Begegnung**

Ein unpathetisches Bekenntnis / Von Erich Sachjenröder

Kennen Sie das merkwürdige Gefühl des Verlorenseins, das einem manchmal überkommt, wenn man bei sinkender Dämmerung im Herbst allein ist? Es beginnt mit einer leisen Anruhe, man empfindet plötzlich unbestimmte Sehnsucht nach Menschen und man möchte hinaus, irgendwohin, wo es hell ist, wo Bogenlampen über Straßen brennen und Menschen in Cafés sitzen, in denen Musik ist und Bewegung. Es ist beruhigend, an einem der gleichgültigen, unpersönlichen Tische im Caféhaus zu sitzen, Richtigkeiten von den Redensarten zu hören und banale Worte zu wechseln mit fremden Menschen von denen man sich trennt ohne eine Erinnerung zu behalten.

Vor einigen Tagen jedoch habe ich auf diese Weise eine seltene Bekanntschaft gemacht. An der Tür eines großen Cafés stoße ich mit einem jungen Manne zusammen, der sich höflich bei mir entschuldigt und sich kurz vor dem Hinausgehen umwendet, um noch einmal mit einem prüfenden Blick den Raum zu umfassen, als suchte er jemanden und wolle sich vergewissern, daß er den Gesuchten nicht übersehen habe. Dann ging er.

Ich fand die gemütliche Ecke, die hier mein Stammplatz war besetzt und wandte mich ebenfalls zum Gehen.

Einige zwanzig Minuten später, als ich in einer kleinen Weinkelneipe Platz genommen hatte, kommt der junge Mann von vorn herein, sieht sich um und setzt sich schließlich auf den einzigen freien Stuhl an meinem Tische. An den wenigen andern Tischen sitzen ein paar ältere Herren, die so aussehen, als gehörten sie in die kleine gemütliche Kneipe. Einigen von ihnen nickt der junge Mann

an meinem Tische zu wie alten Bekannten, der Bier fragte vom Buffet herüber: „Einen hellen?“ und brachte, fast ohne die Zustimmung meines Gegenübers abzuwarten, eine Karaffe Weißwein.

Das alles war so merkwürdig: unter den alten Herren war er der einzige junge, fast jeder von den Alten hätte den Jahren nach sein Großvater sein können, aber er bewegte sich hier, als gehöre er zu ihnen. Die vertrauliche Stimmung des kleinen Raumes brachte es mit sich, daß ich zu ihm sagte: „Der Wein ist gut“, und nach einer kleinen Pause: „Sie sind hier Stammgast?“

Er nickte etwas trübe. „Ja, ich lande doch immer wieder hier.“

Ich mußte wohl ein etwas erstauntes und auch belustigtes Gesicht gemacht haben, denn er fuhr fort: „Es ist nicht zum Lachen. Ich versuche manchmal, ein anderes Lokal aufzusuchen. Aber — ich kenne niemanden, und so sitze ich immer allein. Wissen Sie, wie das ist allein hier in dieser großen Stadt?“

Er sah mich an, als wollte er feststellen, ob es mir unangenehm sei, ihm zuzuhören. Aber ich nickte nur.

In der ersten Zeit war es fürchterlich. Ehe ich

Schlaf  
**Patent-Möbel**  
Patent von **Jaekel**  
Kataloge gratis  
Berlin SW, Markgrafstr. 54  
Ecke Kochstrasse 54

